# Kampf der politischen Verfolgung! Seite 7

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

~~Nr. 23~~ 4 vom ~~20. November 1972~~ 3. FEBRUAR 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

# ÖTV unterstützt Fischereikonzerne gegen Island!

**Immer wieder durchbrechen deutsche und englische Fischereischiffe die 50-Seemeilen-Zone, die Island zum Schutz seiner Fanggründe festgesetzt hat. Das kleine Island wehrt sich mutig. Seine Küstenwachboote kappen kurzerhand die Netze der Eindringlinge. Sofort gibt es in der bürgerlichen Presse ein grosses Theater. Da wird mit 'Beinah-Zusammenstössen' Schlagzeilen gemacht, da ist von 'Gefahr für Menschenleben' die Rede.**

Wissenschaftler des Kieler Instituts für Meereskunde stellen dazu fest:

"Wenn die isländische Regierung jetzt nach fast zehnjährigem vergeblichem Bemühen, ein internationales Abkommen zum Schutz der Fischbestände zu erreichen, dieses Problem durch Erweiterung der Fischereigrenzen auf 50 Seemeilen unter nationale Kontrolle bringt, dient das nicht allein dem Überleben eines Fischbestandes, sondern vor allem der Existenzsicherung der gesamten isländischen Bevölkerung, die vom wirtschaftlichen Ruin bedroht ist."

Es ist auch klar, wer dahintersteht, wenn in der Presse und in Bonn behauptet wird, durch die Festsetzung der 50 Seemeilenzone seien die Arbeitsplätze deutscher Fischereiarbeiter bedroht.

**Die Kieler Wissenschaftler beweisen, dass vielmehr das Profitstreben der Fischereikonzerne Schuld hat, wenn Arbeitsplätze verloren gehen.** So wurde der Kieler Fischereihafen einfach stillgelegt, obwohl die Fanggebiete der Kieler Fischereiflotte keineswegs leergefischt sind. Das ist natürlich in Bonn nicht unbekannt, aber das bürgerliche Parlament vertritt eben die Interessen der Kapitalisten. Im Auftrag der Fischereikapitalisten drohte die BRD-Regierung 'geeignete Massnahmen' gegen Island an: "Gefragt, ob isländische Schiffe in deutschen Häfen boykottiert werden, erwiderte der Sprecher (des Ernährungsministeriums – RM): Das ist nicht auszuschliessen." (Bildzeitung vom 23. 1. 73).

Prompt reagierten die Bonzen der ÖTV. Mit der Lüge von der Bedrohung der Arbeitsplätze durch die 50 Seemeilenzone brachte sie die Hafenarbeiter in Bremerhaven und Cuxhaven zum Bestreiken isländischer Schiffe. Als beim englischen Hafenarbeiterstreik die Englandschiffe in Hamburg löschen wollten, warteten die Hamburger Hafenarbeiter vergebens auf den Boykottaufruf der ÖTV. Aber jetzt, wo Islands standfeste Haltung die Superprofite der Fischereigrosskonzerne gefährdet, spuren die Gewerkschaftsbonzen der ÖTV.

**Die KPD/ML hat die Hafenarbeiter aufgerufen, solidarisch mit Islands Kampf um seine Existenz, die Schiffe weiter zu löschen.**

**SOLIDARITÄT MIT ISLAND!**



FÜR DEN EINSATZ IN NORDIRLAND werden derzeit in Norddeutschland weitere britische NATO-Einheiten unter verschärften Bedingungen ausgebildet. Funkbild: dpa/UPI

# Waffenstillstandsabkommen in VIETNAM

## ein grosser Sieg für die Völker der Welt!

Das am 27. Januar in Paris unterzeichnete Vietnamabkommen sieht klar und unmissverständlich vor:
Abzug aller US-Aggressionstruppen aus Vietnam, Auflösung aller US-Militärstützpunkte in Südvietnam, Einstellung aller Kampfhandlungen der USA zu Land, Wasser und Luft gegen Nord- und Südvietnam. Die USA erklären, dass sie die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Unverletzlichkeit Vietnams, wie sie im Genfer Vietnam-Abkommen von 1954 anerkannt wurden, respektieren und sich nicht in die inneren Angelegenheiten Südvietnams einmischen.



FNL-Kämpfer stürmisch vom Volk gefeiert

**Die US-Imperialisten konnten trotz blutigstem Einsatz ihrer Militärmaschine das vietnamesische Volk nicht in die Knie zwingen. Der bewaffnete Kampf des vietnamesischen Volkes im Norden und Süden, der Widerstand in den USA gegen diesen imperialistischen Krieg und die Solidarität der Völker der Welt mit dem kämpfenden Vietnam, zwang die US-Regierung zur Unterzeichnung des Abkommens. Es ist ein Sieg des vietnamesischen Volkes und aller gegen den Imperialismus kämpfenden Völker.**

Die Unterzeichnung des Waffenstillstandvertrags bedeutet aber noch nicht, dass in Vietnam jetzt Frieden herrscht. Warum nicht? Weil der US-Imperialismus auch nach der gegenwärtigen Einstellung der offenen Aggression seine blutigen Hände immer noch in Südvietnam hält und weiterhin versucht, es unter seiner Knute zu halten.

**Für die US-Marionetten-Regierung Van Thieu wurde ein riesiger Militär- und Polizeiapparat aufgebaut, mit dem sie entgegen den Vereinbarungen des Abkommens, mit wütenden Schlägen gegen das Volk vorgeht. Dieser Marionettenregierung fliessen vom US-Imperialismus weiterhin Milliardenbeträge, getarnt als Wirtschafts- und Wiederaufbauhilfe, zur Ausplünderung und Niederhaltung des Volkes zu. Tausende 'ziviler' US-Militärberater helfen ihr dabei.**

Die Saigoner Marionettenregierung verpflichtete sich im Abkommen zwar, alle Handlungen der Vergeltung und Diskriminierung gegen Personen oder Organisationen einzustellen, die mit der FNL zusammenarbeiten. Sie unterschrieb, die demokratischen Rechte des Volkes zu gewährleisten: persönliche Freiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Freiheit für politische Aktivitäten usw. **Gleichzeitig aber gibt diese Marionettenregierung den Befehl aus, jeden der sich für die Nationale Befreiungsfront Südvietnams (FNL) und den Kommunismus erklärt, ohne Aufforderung zu erschiessen. Gleichzeitig werden weitere tausende vietnamesische Freiheitskämpfer in die überfüllten KZs geworfen. Gleichzeitig tobt der Terror der Saigoner Marionettentruppen.**

Das alles zeigt, dass der US-Imperialismus seine Herrschaft über Südvietnam weiterhin mit allen Mitteln aufrechterhalten will.

Aber das vietnamesische Volk hat in seinem heroischen Kampf gezeigt, dass es sich niemals vom US-Imperialismus versklaven oder friedlich abschlachten lassen wird. Deshalb wird der Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes solange weitergehen, bis der US-Imperialismus, seine Komplizen und seine Lakaien restlos das Feld geräumt haben.

Die Imperialisten werden heuchlerisch erklären, dass sie auf Verstösse der Thieu-Clique keinen Einfluss haben. Sie werden mit übelsten Lügen versuchen, der FNL und der DRV Verstösse des Waffenstillstands in die Schuhe zu schieben. Sie suchen nach Anlässen, um das Abkommen zu brechen und ihre Aggression fortzusetzen. Genauso wie Hitler Grenzverletzungen Polens konstruierte, um den zweiten Weltkrieg zu entfesseln, genauso wie die US-Imperialisten schon einmal den Krieg gegen das vietnamesische Volk und den Bruch des Genfer Abkommens mit erfundenen Verstössen der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) begründeten. Auch diesmal werden sie Anlässe erfinden, um das Abkommen wie einen Fetzen Papier zu zerreissen.

**Fortsetzung auf Seite 5**

# Brandt weiter auf Nixons Blutspur

**Nixon trauerte um seinen Vorgänger, den Atombombenwerfer auf Hiroshima und Nagasaki, Truman. Anschliessend hielt er eine Rede, in der er wieder betonte: Nach einer 'Regelung des Vietnam-Konflikts' werde er sein besonderes Augenmerk auf Nahost werfen.
Es geht um die reichsten Erdölgebiete der Welt. Im Zusammenspiel mit den Sozialimperialisten aus Moskau hofft er wie überall in der Welt, den Befreiungskampf der Völker niederhalten zu können.**

Nixon bestellte der Reihe nach den israelischen Präsidenten Sashar, seinen Lakai Hussein von Jordanien und seinen Thieu aus Jerusalem: Golda Meir's Besuch im März dient natürlich in erster Linie der erneuten Auffüllung des zionistischen Waffenarsenals aus den Kammern des Pentagon. Gleichzeitig soll mit ihrem Besuch ein weiteres Manöver zur Täuschung der Weltöffentlichkeit über die amerikanisch-zionistischen Eroberungspläne in Nahost betrieben werden.

Dazu wird zunächst König Hussein von Washingtons Gnaden vorgeschickt. Er wird bei seinem Besuch den alten Plan vortragen, den ihm Rogers (US-Aussenminister) ins Ohr geflüstert hat: Israel solle mit Jordanien einen Separatfrieden schliessen. Golda Meir dazu: "Wir haben uns niemals verpflichtet, mit Ägypten zu beginnen." Hussein soll faktisch den Status Quo, das heisst die Besetzungen Israels, anerkennen und so die Front der arabischen Völker sprengen helfen.

Aber Husseins Thron wackelt zu sehr, als dass er sich allein vorwagen könnte. Neben seiner Zusammenarbeit mit der den Imperialismus-hörigen Regierung des Libanon, versucht er jetzt Ägypten zur Zustimmung zu einem weiteren Rogersplan zu bringen: Ägypten soll der Wiedereröffnung des Suez-Kanals, d.h. einem beiderseitigen Truppenrückzug, zustimmen. Das heisst nichts anderes, als vor den israelischen Eroberungen die Stellungen zu räumen. Diesen Plan will Hussein vor seinem Abflug nach Washington in Kairo vorbringen.

**Das ägyptische Volk hat genug von der Politik der Supermächte in Nahost, die einzig der Entwaffnung der arabischen Völker vor dem zionistischen Aggressor dient. Das ägyptische Volk hat begeistert den Abzug der sozialimperialistischen 'Militärberater' aus Ägypten begrüßt. Es wird nicht zulassen, daß Ägypten jetzt den Plänen des US-Imperialismus unterworfen wird.**

**Das ägyptische Volk weiß auch, was es vom kommenden Besuch Scheels in Libanon, Jordanien und Ägypten zu halten hat: Bonn stapft weiter in den Blutspuren des US-Imperialismus in Nahost vor und versucht dabei seine eigenen Anteile am zionistischen Raubzug zu erbeuten.**

Nach wie vor führt die Sozialdemokratin Golda Meir ihren Eroberungskrieg für die imperialistischen Erdölinteressen mit finanzieller und politischer Hilfe Bonns. Die US-Napalmbomben, die syrische Dörfer, Schulen und Krankenhäuser einäscherten, werden unter Beteiligung von BASF, Bayer Leverkusen und Höchst hergestellt. Die jordanische Marionettenclique bestreitet 50 % ihres Staatshaushalts aus 'Auslandshilfe'. Heute schon steht die Bundesrepublik als Geldgeber für diesen Verräter an zweiter Stelle.

Scheels Besuch in Libanon, Jordanien und Ägypten soll die arabischen Völker über die neokolonialistischen Interessen Bonns in Nahost hinwegtäuschen (siehe dazu RM Nr. 24/72 und Nr. 1/73). Bereits im Frühsommer soll Brandt als erstes Staatsoberhaupt der Welt Jerusalem besuchen. Bereiten wir diesem Komplizen des US-Imperialismus einen stürmischen Abschied!

**NIEDER MIT DEM US-IMPERIALISMUS UND SEINEM ZIONISTISCHEN STOSSTRUPP!**

**NIEDER MIT DEM KOMPLOTT DER SUPERMÄCHTE ÜBER NAHOST!**

**NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN NEOKOLONIALISMUS!**

# Bourgeoisie rüstet zum Bürgerkrieg



**Mit Schießübungen auf Pappkameraden probt die bayrische Polizei den Kampf gegen den 'Terror'. In allen Bundesländern werden Scharfschützen ausgebildet. In NRW werden 'fliegende Kommandos' mit je 6 Scharfschützen und einer Sonderausrüstung, Kosten: 3 Mill. DM, eingerichtet. Insgesamt sollen es 4000 Scharfschützen allein in NRW werden. "Diese Kommandos werden so über das ganze Land verteilt, daß sie innerhalb spätestens einer Stunde an jedem Ort sein können, notfalls mit großen Hubschraubern, die in Düsseldorf und Dortmund stationiert werden." (aus: Westdeutsche Allgemeine Zeitung). Das heißt also: 4000 Scharfschützen in einer Stunde an einem Ort. Wozu? Um eine Gruppe 'Terroristen' zu bekämpfen? Für das Blutbad in München reichten ganze 4 Scharfschützen aus! Nein, es ist doch offensichtlich, die 4000 Scharfschützen sind dazu da, um bei schärferen Klassenauseinandersetzungen Demonstrationen auseinanderzujagen, Universitäten und Fabriken zu besetzen.**

**Die 'fliegenden Kommandos' sind Bürgerkriegstruppen des Kapitals!**

# Rassisten planen Krieg!

**In Rhodesien herrschen immer noch 200 000 weiße Kolonialherren über 4 Millionen Afrikaner. Der Partisanenkrieg gewinnt aber auch in Rhodesien täglich weiter an Boden. So mußte die Ian-Smith-Regierung Rhodesiens Mitte Januar allen Stämmen des Landes SIPPENHAFT ankündigen, wenn einzelne ihrer Mitglieder die Guerilla-Bewegung unterstützen sollten. Gleichzeitig befahl er die Schließung aller Grenzen zum Nachbarland Sambia. Begründung: Von dort würden die Partisaneneinheiten 'infiltrieren'.**

Überall in der Welt, wo die unterjochten Völker zur Waffe gegen die imperialistischen Herren greifen, reden diese von 'Infiltration' – ob in Vietnam oder in Afrika. Sambia besitzt eine Regierung, die für seine Unabhängigkeit vom alten und neuen Kolonialismus kämpft und daher den Rassisten-Regimes in Afrika ein Dorn im Auge ist. Die Blockade Sambias wurde jetzt in einer konzertierten Aktion von rhodesischen, südafrikanischen und portugiesischen Kolonialtruppen durchgeführt. Weiter nehmen bewaffnete Überfälle dieser Faschistenbanden auf sambische Grenzsoldaten und Bombenabwürfe auf sambische Dörfer zu.

**Der Verteidigungsminister Sambias, Zulu, erklärte, Rhodesien versuche einen offenen Krieg mit seinem Land anzuzetteln. In Sambia seien 11 rhodesische Soldaten festgenommen worden, die durch Südafrikaner in Ausbildungslagern trainiert worden seien. Sprengstoffanschläge in den Kupferminen des Landes hätten Millionenschäden verursacht.**

Darum geht es eben auch: Sambia ist nach Chile der zweitgrösste Kupferproduzent der Welt. Nachdem Chiles Kupfer den gierigen Krallen der US-Konzerne entrissen wurde, versuchen die USA mit Hilfe der NATO-Länder in Afrika fortschrittliche Regierungen, wie diejenige Sambias zu stürzen. Aber genauso wie die Invasion gegen die unabhängige Republik Guinea im Dezember 1970 scheiterte, so wird auch jedes Kriegsabenteuer der faschistischen Kumpane des Imperialismus in Rhodesien, Mozambik und Südafrika scheitern.

**Sofort nach den Kriegsdrohungen Rhodesiens erklärte der Präsident Zaires, Mobutu, feierlich, dass Zaire sich von heute an zur völligen Verfügung von Sambia hält. Den Hafen Mombassa darf die Regierung Sambias zur Verschiffung der Kupferexporte benutzen. (Ein Grossteil der Kupferlieferungen duchquerte bisher Rhodesien). Ebenso hat das Nachbarland die Benutzung seiner Strassen für sambische Transporte gestattet.**

Die Blockade durch Rhodesien wird ein Schlag ins Wasser, Sambias Regierung wird in Zukunft nicht mehr rhodesische Ei-

Fortsetzung auf Seite 4

# UNSERE KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

**Eine Genossin aus Bochum schrieb uns zu Beginn der Tarifrunde:**

Mit dem Roten Morgen ging ich in die Kneipe gegenüber dem Haupteingang vom Bochumer Verein. Ein Kollege, der mich Flugblatt verteilen gesehen hatte, rief mir entgegen: "Darüber müssen wir mal reden." An der Theke sagte er: "Diesmal ziehen wir nicht vors Hochhaus (der Krupp-Herren), sondern vors Gewerkschaftshaus und schlagen da die Scheiben ein!" Andere Kollegen kamen hinzu und diskutierten mit. Nach einiger Zeit stimmte der wortführende Kollege die Internationale an und forderte mich auf, mitzusingen.

Der Wirt stöhnte: "Jetzt fangen die schon an, kommunistische Lieder zu singen." Dazu der Kollege: "Das sind keine kommunistischen; sondern Arbeiterlieder." Die Internationale wurde zu Ende gesungen.

Der Kollege hatte schon recht – die Internationale ist ein Lied der Arbeiter. Das zeigte sich ja gerade hier in der Kneipe. Gerade deshalb ist sie aber auch ein Lied der Kommunisten – der entschlossensten und führenden Kämpfer der Arbeiterklasse.

**Das konnte ich den Kollegen gut am Roten Morgen zeigen, der kommunistischen Arbeiterzeitung. Die Kollegen kauften den Roten Morgen und werden das nächste mal sicher mit mir über das diskutieren, was in unserem Zentralorgan steht. Denn darauf kommt es ja an: Auf die Meinung, Kritik und die Mitarbeit der Arbeiter am Roten Morgen!**

**Wir danken allen Genossen für ihre Unterstützung!**

| Datum | Spender | Betrag |
|---|---|---|
| 12. 1. | Rote Garde Waldeck | 90,-- |
| 12. 1. | KSB/ML Würzburg | 52,30 |
| 12. 1. | E.G., Otzen, Wuppertal | 50,-- |
| 15. 1. | Sylvesterfeier Hamburg | 407,64 |
| 17. 1. | R.P., Hamburg | 1 900,-- |
| 17. 1. | F.R., Mannheim | 169,50 |
| 17. 1. | R.L., Nörtzingen | 5,-- |
| 17. 1. | K.R., Hamburg | 50,-- |
| 18. 1. | Hamburger Hafen | 600,-- |
| 22. 1. | Stadtteilgruppe Waldtal bei Marburg | 45,-- |
| 22. 1. | Sympathisanten Kreuzberg | 153,-- |
| 22. 1. | RG Bielefeld | 78,-- |
| 22. 1. | AEG Westberlin | 50,-- |
| 22. 1. | KSB/ML Westberlin | 190,-- |
| 22. 1. | RG Kiel/HDW | 26,-- |
| 24. 1. | G.M., Marburg | 20,-- |
| 23. 1. | Azs. Wedding | 54,50 |
| 23. 1. | B.B., Westberlin | 52,-- |
| 23. 1. | T.H.E., TH Sickershausen | 50,-- |
| 23. 1. | F.R., Mannheim | 69,-- |
| 25. 1. | Die Karl-Gemeinschaft Mensa Sickershausen | 5,-- |
| | | 4 107,94 |

## Nachrichten

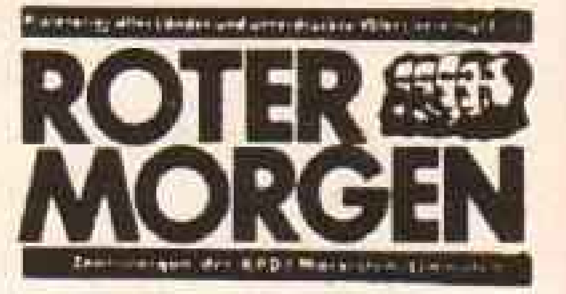
### SCHEEL NACH GRIECHENLAND

Nach Meldungen der bürgerlichen Presse hat das faschistische Regieme in Griechenland beschlossen, keine kostenlose militärische Hilfe von den USA mehr anzunehmen. Das hat allerdings nichts mit einem neuen Unabhängigkeitskurs der griechischen Regierung zu tun. Gleichzeitig nämlich bewilligte Griechenland sog. Hafenerleichterungen für die 6. US-Flotte in Griechenland. 6 Zerstörer und ein Flugzeugträger werden also fest an der griechischen Küste liegen. 8650 US-Armeezugehörige sollen bis 1975 fest in Griechenland wohnen. Diese Verlagerung der US-Truppen an die griechische Küste ist kein Zufall. Die US-Imperialisten rüsten sich mit dem Ausbau dieses Militärstützpunktes für den verstärkten Kampf gegen die arabischen Völker. Und auch für die westdeutschen Imperialisten wächst diese Bedeutung Griechenlands. Schon bisher verdienen die westdeutschen Imperialisten an Waffenlieferungen nach Griechenland, nehmen westdeutsche Truppen an den NATO-Manövern in Griechenland teil. Jetzt hat Aussenminister Scheel seinen Besuch bei dem faschistischen Regime Griechenlands angekündigt, um dort den Boden für eine Intensivierung der Beziehungen zu bereiten.

### MANÖVER 'CERTAIN SHIELD' ROLLT ÜBER SÜDDEUTSCHLAND

Der erste Teil des NATO-Grossmanövers Reforger IV ist vorbei. Schon jetzt ist klar, dass mit riesigen Manöverschäden zu rechnen ist. Doch die NATO-Generäle sind zufrieden. Während sie 1969 noch sieben Tage brauchten, um die US-Soldaten nach Westdeutschland einzufliegen, schaffen sie es diesmal in viereinhalb Tagen. Die Manöverleitung betonte: "Im Ernstfall wäre die Division in 24 Stunden dagewesen." Ernstfall heisst hier: Angriff gegen den Osten oder Bürgerkrieg in einem der europäischen Länder. Aber auch diesmal schon war das Manöver nicht nur Spiel: Es war auch als Drohung an die Länder gemeint, die den Gesprächen über Truppenverminderungen die Tat folgen lassen wollten, insbesondere an Belgien, Dänemark und Norwegen.






Zentralorgan der

KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN-LENINISTEN

**Herausgeber: ZK der KPD/ML**

**Verlag G. Schubert**

**Redaktion:**
G. Schubert
43 Essen 14
Postfach 36 07

**Bestellungen an Vertrieb:**
87 Würzburg, Postfach 612

**Postscheckkonto:**
Hamburg: Nr. 26 27 67 – 203 (Verlag Ernst Aust) (bleibt vorläufig)
Verantwortlicher Redakteur:
Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck.

Erscheinungsweise: wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben).
Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen.
Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

## ABSCHLUSS BEI ÖTV

# "Das ist ein Bettelpfennig!"

**40 DM und 6 % mehr Lohn – das ist das Ergebnis bei den Tarifverhandlungen für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, bei Bahn und Post. -Das ist nichts anderes als Lohnabbau. Und sofort am nächsten Tag kam es überall zu Protesten. In Hannover fand eine Protestversammlung der Müllarbeiter statt, der sich die Forstarbeiter und andere Arbeiter der Stadt Hannover anschlossen. "Man hat uns verschaukelt, einen Bettelpfennig hat man uns zugeworfen". war die einhellige Meinung. In Duisburg streikten die Müllarbeiter einen ganzen Tag lang gegen den Bonzenverrat.**

Streiks und Demonstrationen von über 10 000 Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes im ganzen Bundesgebiet hatten in den Tagen vorher gezeigt, wie gross die Kampfbereitschaft der Arbeiter war. In Frankfurt, Giessen, Wiesbaden, Kassel, Darmstadt, Offenbach, Fulda, Köln und Duisburg wurde für höheren Lohn gekämpft.

Die Erbitterung gerade der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst ist gross. Denn sie spüren am eigenen Leib, was 'Soziale Gerechtigkeit' in diesem Staat heisst. 1250 DM mehr Lohn kann zum Beispiel der Ministerpräsident von NRW, Kühn, ab 1. Januar einstecken – 40 DM und 6 % mehr der Müllarbeiter, der ihm den Dreck vor der Tür wegfegt. Und diese Summen für die Politiker sind noch nichts gegen die grossen Brocken, die den Kapitalisten in den Hals geworfen werden. Allein im Jahr 1972 wurden 10,2 Milliarden DM Subventionen an die Industrie gezahlt, Millionen werden für die Aufrüstung ausgegeben, für den Ausbau von Bundesgrenzschutz und Polizei.



Müllarbeiterstreik in Duisburg

**'Vater Staat' sorgt eben nicht für alle, er sorgt allein für die Kapitalistenklasse.** Und die Bonzen der ÖTV helfen kräftig mit. Schon vor dem Abschluss sagte Kluncker: "Wir werden mit unseren Forderungen weder die öffentlichen Haushalte noch die Stabilität gefährden." Sicher nicht! Kluncker wird sich als Aufsichtsratsmitglied von Lufthansa, Bank für Gemeinwirtschaft, Neuer Heimat und anderer Konzerne ja nicht ins eigene Fleisch schneiden. Und mancher Arbeiter wird sich erinnern, dass Kluncker nicht nur in den Tarifrunden auf der anderen Seite der Barrikade steht. Kluncker ist auch sonst ein enger Freund von Polizeiminister Genscher: 1971 war er eifriger Befürworter des Gesetzes zum Ausbau des Bundesgrenzschutzes. Was Kapital, Regierung und Gewerkschaftsführer immer lauter nach Bewaffnung schreien lässt, ist klar: Ihre Angst vor den zunehmenden Kämpfen der Arbeiterklasse, vor ihrer zunehmenden Politisierung, die sich auch in den Streiks und Demonstrationen der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes wieder deutlich gezeigt hat.

## KLASSE GEGEN KLASSE



### 800 Gilette-Arbeiter zwei Stunden im Streik

Am 16. 1. 73 traten 800 Arbeiter und Arbeiterinnen des Gillette-Werks in Westberlin für zwei Stunden in den Streik. Auf einer Versammlung in der Kantine forderten sie gemeinsam: Zurücknahme der Lohnkürzung. Anfang Januar hatten die Gillette-Kapitalisten den Arbeitern nämlich die 17 Pfennig wieder streichen wollen, die sie ihnen im Herbst 'zugelegt' hatten, um sie für die Weihnachtsproduktion anzutreiben. Der Streik hatte Erfolg. Die Kollegen werden die 17 Pfennig weiterhin bekommen, ausserdem eine Erhöhung von 13 Pfennig.

### Vorbereitungen auf die Bergbautarifrunde treffen!

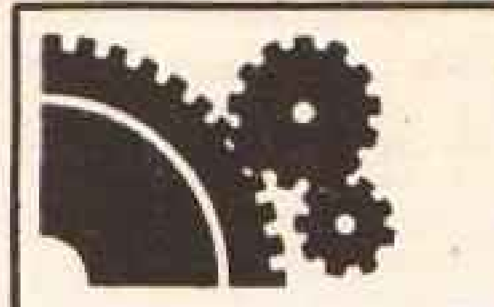
Adolf Schmidt, Vorsitzender der IG BE kündigte in Recklinghausen an, die Tarife fur die Bergarbeiter würden fristgerecht am 31. 6. gekündigt. Die Forderung der Bonzen wollte er nicht bekanntgeben. Worauf die Bonzen hinsteuern, zeigt aber ihr Abschluss für die Kumpel im niederrheinischen Braunkohlenrevier: 7,5%. Das gleiche Ergebnis also, mit dem sie auch schon die Steinkohlekumpel 1971 und 1972 verrieten.

### Chemie-Kapitalisten drohen mit Preiserhöhungen

Der Vorstandsvorsitzende der Farbwerke Hoechst, Sammet, droht mit einer Preissteigerung in der Chemieindustrie, wenn auch hier in der Tarifrunde Lohnerhöhungen von 8,5% beschlossen würden. Lohnerhöhungen von 8,5% würden also die Stabilität gefährden. Das ist ein Wink mit dem Zaunpfahl an die Regierung, sich wie im letzten und vorletzten Jahr wieder verstärkt in die Tarifrunde einzuschalten. 300 000 Chemiearbeiter haben schon einmal bewiesen, dass kein Stabilitätsgerede sie davon abhalten kann, für die Lohnerhöhungen zu kämpfen, die sie brauchen.

# Weiterer Verbotsantrag

Die zweite Urabstimmung bei den Stahlarbeitern war eine volle Niederlage für die Bonzen. Mit grosser Mehrheit stimmten die Stahlarbeiter noch einmal für Streik. – Und sofort forderte der Bundesvorstand 'Untersuchungen und Massnahmen'. An was Loderer und Konsorten dabei dachten, zeigte sich auf der Stadtteilversammlung der IG Metall am 18.1. in Dortmund:
**Hier riefen die Bonzen dazu auf, alle Kollegen, die in der Gewerkschaftsopposition sind, oder ihre** Ideen vertreten, der IGM-Ortsverwaltung zu melden, damit die 'Gewerkschaftsfeinde' ausgeschlossen werden können. Aber es blieb nicht beim Aufruf zur Denunziation:
**Ein Mitglied der D'K'P vom Kaltwalzwerk der Westfalenhütte stellte da auch den Antrag auf Verbot der Marxisten-Leninisten. Ein Bonze ergänzte es gleich durch Antrag auf Verbot der Gewerkschaftsopposition. Der Antrag soll auf der nächsten Versammlung beschlossen werden.**






## KEINE SPITZELDIENSTE!

"Genossen,

Meine Frau, eine Jugoslawin, arbeitet seit Dezember 72 in einem Textilbetrieb in R. Ihr Chef ist ein 'Arbeiterfreund' besonderer Sorte. Er wusste, dass meine Frau in Jugoslawien Sekretärin gelernt hatte, hier aber diesen Beruf mangels Sprachkenntnissen nicht ausführen kann. Jedoch gibt er ihr eine 'Chance':

Eines Tages wird sie während der Arbeitszeit abgeholt und in ein Zimmer gebracht, wo ihr Chef, der Boss des Mutter-Textilwerks, noch einige hohe Tiere und Dolmetscher sie erwarten. Sie bekommt Kaffee und Zigaretten und wird angewiesen, niemand etwas zu erzählen, auch nicht ihrem Mann ('Firma ist Firma – Ehe ist Ehe'). Dann liess man die Katze aus dem Sack:

Frauen nähmen immer Stoffe mit nach Hause – dagegen müsste etwas unternommen werden. Meine Frau sollte ab jetzt in der Mutterfabrik in verschiedenen Hallen arbeiten. Dabei zu allen Kolleginnen freundlich sein und auch selbst einmal Stoffe mitnehmen. Ihre Aufgabe sei nämlich, 'Diebstähle zu verpfeifen', denn der Verdacht der Kolleginnen dürfe natürlich nicht auf sie fallen.

Zusätzlich würde sie auch 'Büroarbeit' machen. Im Dachboden, für alle anderen Arbeiter unzugänglich, wurde nämlich eine Fernseh-Anlage eingebaut, mit der man durch Knopfdruck sämtliche Hallen des Werks überprüfen kann. Meine Frau hätte dann die Aufgabe, beim Entdecken eines 'Diebstahls' einen Alarmknopf zu betätigen, damit die Arbeiterin gefasst wird.
**Aber die Herren haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht!**

Der Chef wollte im Büro die Entscheidung meiner Frau hören, sie bestand jedoch darauf, dass er in ihre Halle käme. Er kam auch und brachte den Vertrag gleich mit. Auch der Dolmetscher war dabei. Die anderen Arbeiterinnen wurden in eine andere Ecke zum Arbeiten geschickt. Meine Frau sollte jugoslawisch sprechen. Angeblich verstand der Chef ihr Deutsch nicht. Meine Frau rief sofort eine deutsche Kollegin herbei und fragte sie: "Verstehen Sie mein Deutsch?" Die Kollegin bejahte. **Jetzt verweigerte meine Frau vor allen anderen Arbeiterinnen diese Drecksarbeit. Der Chef verliess mit seinem Lumpenpack die Halle. Vor lauter Aufregung vergass er sogar den Vertrag, den meine Frau hätte unterschreiben sollen.** Meine Frau, die noch nicht genau weiss, dass die Gewerkschaftsbonzen mit der Geschäftsleitung meistens zusammenarbeiten, gab den Vertrag an die Gewerkschaft. Dort besteht die Gefahr, dass er verschwindet.

Die Ablehnung dieses Jobs hatte noch ein Nachspiel. Einige Tage später wurde meine Frau von der Filiale ins Hauptwerk versetzt. Sie muss jetzt dort Akkord arbeiten. Mit dem neuen Arbeitsplatz beginnt für sie ausserdem eine neue Probezeit. Das bedeutet, sie kann jederzeit ohne Kündigungsfrist entlassen werden.

**Leider gibt es in unserer Stadt noch keinen Parteistützpunkt. Dann hätte man sämtliche Arbeiter des Werkes auf die Schweinereien in ihrem Betrieb aufmerksam machen können. So haben wir beschlossen, einen Leserbrief an Euch zu schreiben, da wir der Meinung sind, dass alle Arbeiter aus dieser Sache etwas lernen können. So können zum Beispiel die Anlagen nicht nur gegen 'Diebe' eingesetzt werden, sondern auch gegen die sogenannten Rädelsführer, also Kollegen, welche die Mitarbeiter im Betrieb zu aktivieren versuchen.**

**Das zweifellos Wichtigste, das wir aus diesem Beispiel lernen können, ist jedoch, dass wir uns allein gegen diese Schweinereien nicht wehren können.**
**DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER MÜSSEN GEMEINSAM GEGEN DIESE SCHWEINEREIEN UND IHRE URSACHE, DEN KAPITALISMUS KÄMPFEN!"**

# Stahlarbeiter streiken gegen weitere Lohnkürzungen

**Nach dem Tarifabschluss in der Metall- und Stahlindustrie geht der Kampf auf Betriebsebene weiter. Besonders in den kleineren Betrieben versuchen die Kapitalisten, den Lohn noch weiter zu drücken. So bei Pohlschröder in Dortmund und bei den Hoesch-Betrieben in Hamm und Dortmund-Barop. Die Antwort der Arbeiter auf diese Angriffe war Streik.**

Am 18. und 19. 1. streikten die 500 Arbeiter bei Pohlschröder. Höchstens 6% wollten ihnen die Kapitalisten hier auszahlen – 'wegen der nicht unerheblichen betrieblichen Zulagen' – wie es zunächst hiess. Der wahre Grund kam am zweiten Streiktag auf den Tisch: Weniger Geld nicht für alle, sondern nur für die 'Bummelanten'. In den Hoesch-Betrieben wurde ebenfalls an zwei Tagen hintereinander mehrere Stunden gestreikt, weil die Kapitalisten die 8,5% nicht auf den vollen Effektivlohn anrechnen wollten.


Streik bei Pohlschröder

Die IGM-Bonzen verrieten die Kollegen hier genauso wie vorher. In den Hoesch-Betrieben stellten Betriebsräte und Vertreter der IGM als Bedingung für Gespräche mit den Kapitalisten die Beendigung des Streiks. Bei Pohlschröder stimmten sie sogar der Lohnkürzung für 'Bummelanten' zu. Dietrichs, 1. Bevollmächtigter der IGM in Dortmund: Er lehne natürlich eine 'Unterwanderung' der Tariferhöhungen ab. Aber darum gehe es hier ja nicht, sondern darum, "dass die Firmenleitung in einer Reihe von Einzelfällen Massnahmen ergreifen will. Und bei solchen Massnahmen ist der Betriebsrat ihr Gesprächspartner."

# Betriebsrat droht mit Werkschutz

## Kampf der Kieler Lehrlinge

Anfang September haben wir Lehrlinge aus dem 1. Lehrjahr von HDW-Kiel die Forderung nach voller Lehrmittelfreiheit erhoben. Die Berufsschullehrer hatten von uns verlangt, dass wir uns Bücher, Zirkel, Lineal, Rechenschieber usw. selbst kaufen sollten. In unserem Lehrvertrag jedoch steht, dass der Betrieb für betriebliche und überbetriebliche Lehrmittel aufkommen muss.

**Daraufhin machten wir eine Unterschriftensammlung, die alle 100 Lehrlinge unterschrieben, und schickten sie zum Betriebsrat. Dieser liess aber nichts von sich hören. Einige Male waren ein paar Lehrlinge beim Betriebsrat und forderten eine Stellungnahme. Entweder versuchte der Betriebsrat uns rauszuschmeissen oder versuchte sich herauszumauscheln, indem er sagte, nicht der Betrieb, sondern die Berufsschule müsse für die Lehrmittel aufkommen.**

In der Berufsschule verstärkte sich immer mehr der Druck von Seiten der Lehrer. Viele von uns bekamen schlechtere Zensuren, weil sie keine Füller oder Zeichenmaterial besassen. Da platzte uns endgültig der Kragen. Mitte Dezember machten wir eine Lehrlingsversammlung. Dort wurde beschlossen, dass ca. 15 Mann zum Betriebsrat gehen und ihn auffordern, binnen 4 Tagen eine Stellungnahme abzugeben. Anfangs wollte uns der Betriebsrat Bender rausschmeissen unter dem Vorwand, dass wir die Arbeit verweigerten. Er wollte nur mit 2 Mann sprechen, weil er sich dachte, dass er 2 eher einseifen könnte als 15. Unter Druck stimmte er zu, zu dem Termin zu erscheinen.

**Und was geschah – der sogenannte 'Arbeitervertreter' Bender kam nicht. Darum gingen aber 80 Lehrlinge zu ihm. Dieser hatte aber nichts Eiligeres zu tun als herumzutönen, dass wir den Lehrvertrag brechen. Wenn wir nicht sofort an die Arbeit gehen würden, so meinte er, würde er den Werkschutz holen. Seine Ausführungen wurden mit lautem Gelächter quittiert. "Soll der Werkschutz bloss kommen", sagte einer von uns, "den schmeissen wir kopfüber aus dem Fenster." Bender war machtlos. Schnell verpisste er sich ins Hinterzimmer, um den Ausbildungsleiter Meyer anzurufen. Klarer konnte Bender nicht zeigen, für welche Interessen er arbeitet – für die Geschäfts- und Ausbildungsleitung.**

Wir forderten u.a., dass die Jugendvertreter an dem Betriebsratsausschuss für die Lehrmittelsache mitarbeiten sollten. Der Betriebsrat hat Schiss bekommen und musste viele Zugeständnisse machen. Sie wollen vor die Industrie- und Handelskammer gehen, damit die Lehrmittel von der Berufsschule bezahlt werden.

**Trotzdem werden wir in unserer Kampfbereitschaft nicht nachlassen. Sollte der Betriebsrat die Sache mit den Lehrmitteln wieder verzögern, so werden wir Warnstreiks oder Streiks durchführen. Ausserdem werden wir die Lehrlinge aus den anderen Betrieben mobilisieren. Vom Kreisjugendausschuss ist wegen der Lehrmittelforderung eine Lehrlingsvollversammlung geplant.**

# 40 DM MEHR/WOCHE

## DAS IST DIE FORDERUNG DER KOLLEGEN

**Am 1. März werden die Tarife in der Druck- und Papierindustrie gekündigt. Für die Kollegen heisst das: Nicht abwarten, bis der Bonzenverrat da ist, sondern den Kampf für die richtigen Forderungen selbst in die Hand nehmen. Dazu ein Bericht aus München:**

Die Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier München beschliesst auf ihrer Sitzung am 23. 1. folgende Forderungen:

**40 DM mehr pro Woche für jeden**
**500 DM Existenzlohn für alle Lehrlinge**
**Einführung eines 13. Durchschnittsweihnachtsgeldes von 1 200 DM**
**Laufzeit nicht über 12 Monate**
**Abschaffung der Gehilfenstaffel für Jungarbeiter**
**Absicherung aller übertariflichen Leistungen, mindestens aber 20 DM**

* * * *

Folgende Aufforderung geht an die Tarifkommission:
Alle Sitzungsprotokolle zu veröffentlichen und sie den Kollegen zugänglich zu machen.

Trotz der Spaltungsversuche des Ortsvorstandes und einiger spalterischen Betriebsräte kam eine überwältigende Mehrheit für diese Forderungen zustande. Alle fortschrittlichen oppositionellen Gewerkschafter hatten in den Wochen zuvor eine rege Tätigkeit entfaltet: Für die Einberufung von Mitgliederversammlungen auf Betriebsebene gekämpft, Unterschriften gesammelt für die 40 DM und die anderen Forderungen. Die Druckergenossen der Partei waren natürlich dabei. Sie riefen auch in einem Flugblatt zu dieser Ortsversammlung auf und unterstützten die Forderungen der Kollegen.

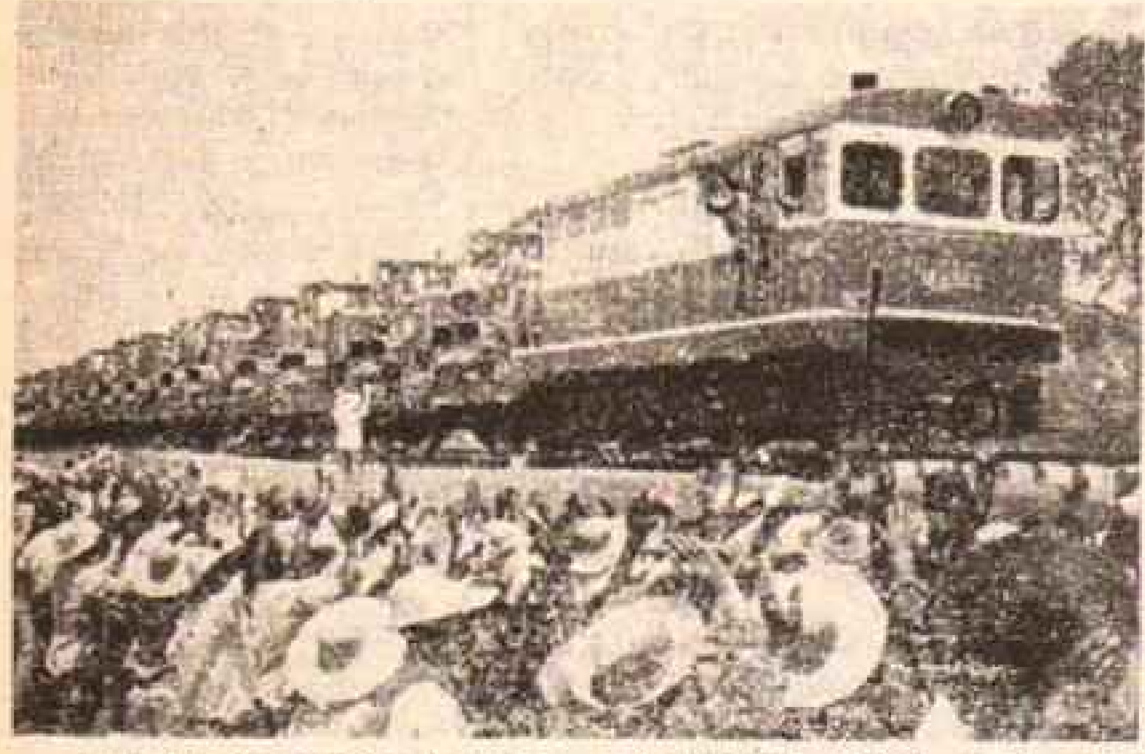
Die Bonzen werden natürlich nicht einfach auf die Kollegen 'hören', sondern versuchen, mit tausend Tricks eine Forderung durchzusetzen, die den Kapitalisten und der Regierung niedrig genug ist. **Aber die Münchner Kollegen stehen nicht allein, auch in Westberlin zum Beispiel wurde die Forderung nach 50 DM mehr pro Woche aufgestellt. Für sie und die Münchner steht fest: Wir lassen uns dieses Jahr keinen Lohnraub gefallen:**

**"Heuer schaffen wir's, da schmeissen wir die Löffel hin!"**

Fortsetzung von Seite 2

senbahnen benutzen. Dank der Hilfe der Volksrepublik China wird im Eilzugstempo eine gewaltige Eisenbahnlinie (1800 km-lang) von Sambia nach Tansania an die Küste gebaut.

## Wirkliche Entwicklungshilfe'



Diese Eisenbahnlinie wird eine grosse Unterstützung für Sambias Kampf um Unabhängigkeit bilden. Nicht zufällig erschien auch kurz vor den Grenzprovokationen gegen Sambia der Sonderberater Nixons, Clark Mac Gregor, in Mozambik (der portugiesischen Kolonie an der Grenze Sambias). Er überreichte nach seinem Besuch den portugiesischen Kolonialherren einen Scheck von 30 Millionen Dollar für Waffen, gegen die Guerillas und für einen Krieg gegen Sambia.

RWANDA
Burundi
KENIA
Victoria-See
Hafen Mombassa
TANSANIA
KONGO
Eisenbahn
Dar Es Salam
Tansam
SAMBIA
MALAWI
Cabora-Bassa
Lusaka
Sambesi
Kariba-Stausee
RHODESIEN
MOZAMBIQUE
S.-Afr.

Auch die 'Hilfe' Moskaus ist keinen Deut weniger imperialistisch. Nicht nur, dass sie für ihre Kredite wie alle Imperialisten hohe Zinsen verlangen – sie stellen auch politische Forderungen an die Regierungen. (s. Beispiel der ausgewiesenen Militarberater in Ägypten).

Das sozialistische China dagegen hat die Finanzierung der TAN-ZAM-Eisenbahnlinie mit einem **zinslosen** Kredit ermöglicht, der erst in Jahrzehnten **zurückgezahlt** werden muss. Ebenso haben die chinesischen Techniker durch ihren pausenlosen **Einsatz** in Sambia, durch ihre Bescheidenheit und durch ihr striktes Festhalten an der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Sambias sich einen Ruf unter allen Völkern Afrikas erworben.

**Die Völker Afrikas sind überall in der Offensive gegen die alten Kolonialherren und gegen die geschickt getarnten neuen Eindringlinge. Auch hier in Westdeutschland müssen die Menschen über den Befreiungskampf der afrikanischen Völker, über die Kriegspläne der Rassisten-Regime gegen die unabhängigen Staaten Afrikas aufgeklärt werden. Waffenlieferungen der Bundesrepublik an die Rassisten-Regime über die NATO, als Entwicklungshelfer getarnte Vorkämpfer für den westdeutschen Kapitalexport nach Afrika – diese Tatsachen müssen enthüllt werden und als Teil des Kampfes gegen die Bonner Grossmachtspläne geführt werden.**

**AUSLANDSINVESTITIONEN IN PORTUGAL UND SEJNEN KOLONIEN:**

| | |
|---|---|
| Westdeutschland: | 17% |
| USA: | 14% |
| Frankreich: | 11% |
| England: | 11% |

Revisionistisches

# ATA über Preissteigerungen in Ungarn

**ATA, Tirana, 10. 1. Die ungarische Presse gab vor kurzem erneute Preissteigerungen bekannt. Besonders die Lebensmittel sollen teurer werden: Milch um 50%, Butter um 20%, Käse um 30%, andere Lebensmittel um 30%. Diese Preissteigerungen sind im November letzten Jahres von der revisionistischen Partei Polens beschlossen worden.**

Die typischen Erscheinungen der kapitalistischen Länder zeigen sich immer mehr auch in Ungarn. Das liegt vor allem daran, dass die neue Bourgeoisie, hauptsächlich die höheren Ränge der Bürokratie, sich privaten Landbesitz aneignet und sich täglich mehr durch die Ausbeutung der Massen bereichert. Diese Bereicherungen haben grösseren Umfang seit der 'ökonomischen Reform' von 1968 angenommen. Viele Tatsachen beweisen das. So hat z.B. das 'staatliche Unternehmen', Beke-Region, mehrere Millionen Forint (vom Staat) für Arbeitsvorgänge verlangt, die nicht stattfanden oder je stattfinden werden. Tatsächlich wurden die 'Surplus'-Millionen später von den Managern des Unternehmens ausgesaugt.

'Nepsabadshag', eine ungarische Zeitung, gibt zu, dass Spekulationen ein breites Ausmass angenommen haben. Vor allem auch in der Landwirtschaft. "Das Leben", so offenbart die Zeitung, "bringt komplizierte Probleme mit sich: Wenn ein Unternehmen 700 Prozent Profit an einer Flasche Bier macht, muss man kein beschlagener Wirtschaftler sein, um zu wissen, welche unehrlichen Profite in dessen Direktion gemacht werden."

ATA berichtet von Informationen, dass allein durch Verschwendung, Diebstahl des Volksvermögens, seit 1968 im Staatsbudget ein Verlust von 3,3 Milliarden Forint zustande kamen. Wie in den anderen revisionistischen Landern hängen Preissteigerungen ,Korruption usw. direkt mit dem weiteren Aufbau des Kapitalismus zusammen.

# Dummdreiste Gerüchte

...nennt die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua aus der VR China die Berichte der sowjetischen Lügenpresse über einen angeblichen 'Opiumhandel' Chinas. TASS hatte am 27. September in alle Welt posaunt, China nehme jährlich aus dem Opiumhandel mindestens 12 000 bis 15 000 US-Dollar ein. Das ist nicht das erste Mal, dass die Sozialimperialisten solche Behauptungen ausstreuen. Jedesmal wurden riesigere Summen genannt. Hsinhua schreibt, "Es zeigt sich damit, dass die überall um 'US-Dollar' bettelnde sowjetrevisionistische Clique wirklich über die US-Dollar den Verstand verliert." Die Presse der Kremlzaren verbreitete als erstes Rezept aus ihrer Giftküche, dass China mit dem Opiumhandel die afrikanischen Völker korrumpiere. Dann, dass China in Europa 'einen wichtigen Absatzmarkt' (für Opium) eröffne. Schliesslich kommt jetzt als neueste Platte auf: China tausche das Opium gegen Uran und notwendige Ausrüstungen aus den USA.

**Hsinhua stellt dazu fest, daß die VR China ein striktes Verbot von Opium und anderen Rauschgiften betreibt. Ein Jahr nach der Gründung der VR China wurde ein entsprechendes Gesetz erlassen. Die sowjetrevisionistische Gerüchtekocherei stellt nur die vergebliche Mühe dar, die immer tiefer werdende Freundschaft zwischen dem sozialistischen China und den Völkern der Welt zu untergraben.**



# VIETNAM... Fortsetzung von Seite 1

**Deshalb dürfen wir uns keinen Moment in dem Glauben wiegen, dass der US-Imperialismus sich mit seiner endgültigen Niederlage abgefunden hätte oder gar friedlich geworden wäre. Deshalb darf unsere Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk keinen Moment nachlassen. Wir müssen voll darauf vorbereitet sein, dass der US-Imperialismus auch eine erneute militärische Aggression gegen Vietnam plant. Die Geschichte beweist, dass dieser bluttriefenden Mörderbande kein Wort zu glauben ist, da sie Abkommen nur dann einhält, wenn der Befreiungskampf und die Solidarität der Völker der Welt sie dazu zwingt.**

**Die Supermächte USA und Sowjetunion werden versuchen, in Südvietnam und ganz Indochina einen Zustand 'weder Krieg noch Frieden' wie im Nahen Osten aufrechtzuerhalten. Darin sehen sie die besten Möglichkeiten, in der Rolle des Schiedsrichters die Ausplünderung und Unterjochung der indochinesischen Völker fortsetzen zu können.**

Um dem in Vietnam schwer angeschlagenen US-Imperialismus zu Hilfe zu kommen und selbst die Völker Indochinas auszuplündern, haben sich jetzt die anderen imperialistischen Mächte angeboten, unter dem Tarnmantel der Hilfe und des Wiederaufbaus, sich in Indochina festzusetzen.

Auch die Bundesregierung stellt jetzt Überlegungen an, wie sie ihre Hilfe zur Knechtung des Volks in Südvietnam am besten anbringen kann. Lassen wir uns von der raffinierten Demagogie, ihrem Friedens- und Hilfe-Gerede keinen Moment täuschen. Die Bundesregierung hat nicht etwa 'nur' zum Völkermord des US-Imperialismus geschwiegen, sie war ein offener Komplize. Sie hat Milliardenbeträge, getarnt als Devisenausgleich, zur blutigen Unterdrückung des vietnamesischen Volkes dem US-Imperialismus zur Verfügung gestellt. Sie hat nach Kräften gefördert, dass westdeutsche Konzerne wie Bayer Leverkusen, Farbwerke Höchst und BASF an der Herstellung von Napalm für die US-Luftwaffe beteiligt sind, damit diesen Konzernen über einen Berg von Leichen riesige Profite zufliessen.



Die letzten Tage der Marionette Thieu

Jetzt wird diese Bundesregierung mit ihrer bekannten Demagogie versuchen, sich als Freund und Helfer des vietnamesischen Volkes aufzuspielen, um zig Millionen für die Fortsetzung der imperialistischen Herrschaft über Südvietnam auszugeben.

**Unterstützen wir noch offener und stärker als bisher die wirklichen Vertreter des vietnamesischen Volkes, die DRV und die Provisorische Revolutionsregierung Südvietnams in ihrem Kampf gegen den Imperialismus!**



FNL im Raum von Quang Tri organisiert die Verteilung der vom Feind erbeuteten Waffen

## SPENDET FÜR DEN KAMPF DES VIETNAMESISCHEN VOLKES! UNTERSTÜTZT DIE FNL!

**Überall rufen jetzt jene bürgerlichen Organisationen zu Geldsammlungen 'für den Wiederaufbau Vietnams' auf, die jahrelang den Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes verurteilten und zum USA-Völkermord geschwiegen haben. Auch die scheinheiligen Hilfsappelle von Brandt und Heinemann können sie von ihrer Komplizenschaft mit dem US-Imperialismus nicht reinwaschen.**

**Spenden für den Wiederaufbau des Landes und für den weiteren Kampf des vietnamesischen Volkes auf das Konto:**

**Wagner, Dorotheenstrasse**
**Sparkasse Essen-Rüttenscheid**
**Konto-Nr. 58 92 666**
**Kennwort: 'Vietnam'**

**Die Spenden werden von einem Beauftragten der KPD/ML der Botschaft der DRV übergeben.**

'Vietnam'

| | |
|---|---|
| 18. 1. 73 W.K., Essen | 7,– |
| 24. 1. 73 G.M., Marburg | 20,– |
| 24. 1. 73 P.V., Bielefeld | 1 000,– |
| 24. 1. 73 I.L., Bielefeld | 130,– |
| | 1 157,– |

# CABRAL ERMORDET!

**"SCHLAGT CAETANOS WESTDEUTSCHE WAFFEN AUS DER HAND", rief ein Vertreter der PAIGC (Befreiungsbewegung in der portugiesischen Kolonie Guinea-Bissau) der westdeutschen Bevölkerung am 13./14. Januar in Dortmund (siehe RM Nr. 3/73) zu. Ein paar Tage danach wurde der Generalsekretär der PAIGC, Amilkar Cabral, in der Hauptstadt der Demokratischen Republik Guinea, Conakry, ermordet.**

Der Präsident der Republik Guinea, Sekou Touree, gab in einer Rundfunkansprache an sein Volk bekannt: 'Agenten des Imperialismus und des portugiesischen Kolonialismus' haben Cabral erschossen. Die Organisation für Afrikanische Einheit, OAU, rief voller Empörung die Völker Afrikas zum 'verstärkten Kampf an allen Fronten' auf. Sie erklärte: Die Ermordung Cabrals sei ein Beweis für die 'Panikstimmung unter den Kolonialisten'.

Allerdings. In der Kolonie Guinea-Bissau kämpfen 40 000 portugiesische Söldner mit westdeutschen und Nato-Waffen, mit Napalm von BASF und Giftgas von Dow Chemical, verzweifelt um die letzten Quadratmeter ihres Herrschaftsgebiets. Bis auf wenige Städte haben die Befreiungsstreitkräfte die Kolonialtruppen vertrieben. Amilka Cabral hatte erst im Dezember vor der UNO-Versammlung erklärt, die PAIGC (Befreiungsorganisation) werde in wenigen Monaten die Unabhängigkeit des Landes ausrufen. Die Ermordung Cabrals ist ein letzter verzweifelter Versuch des Imperialismus, den afrikanischen Volkskrieg überall auf dem schwarzen Kontinent einzudämmen.

Die Bundesregierung hat die Ermordung Cabrals 'mit Bestürzung zur Kenntnis genommen'. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes 'bedauerte diesen neuen Fall politischer Gewalt' (SZ, 23.1.)

Und die westdeutschen Waffen und Gelder, mit denen Cabral's Mörder ausgerüstet werden?! Und das Wort Connakry hört man in Bonn wohl auch nicht gern?! In Connakry standen 1970 nach einem gescheiterten Umsturzversuch gegen die fortschrittliche Regierung Sekou Touree westdeutsche Söldner, Bundeswehroffiziere, Geheimdienstagenten aus Bonn vor dem Volksgericht Guineas!



Amilkar Cabral

**Die scheinheiligen Mitleidsheuchler aus Bonn werden nicht durch Protestresolutionen zur Aufgabe ihrer neokolonialistischen Politik gezwungen, so wie es uns die Juso-Häuptlinge mit ihren 'Resolutionen' an den SPD-Vorstand immer wieder weismachen wollen! Organisieren wir überall Enthüllungen über die Beteiligung des westdeutschen Imperialismus an Unterdrückungsfeldzügen gegen die kämpfenden Völker! Unterstützen wir den Volkskrieg in Afrika!**





Die Aufteilung der Erdölfelder im südostasiatischen Raum unter die internationalen Erdölkonzerne

# Es geht auch um Öl

**Das Einlenken Nixons in Vietnam beruht nicht auf plötzlicher 'Einsicht', auf einem 'Klügerwerden', wie es die bürgerliche Propaganda weissmachen will. Das Einlenken Nixons auf eine Friedensregelung beruht vielmehr auf einem sehr materiellen Hintergrund: Den Kugeln der vietnamesischen Freiheitskämpfer, den Aktionen der Völker in aller Welt und der Erschöpfung der US-Kriegswirtschaft. Das zeigt sich am Beispiel des Öls.**

David Rockefeller, Vorsitzender der Chase Manhatten Bank New York erklärte 1970, die Ölkonzerne würde bis 1982 35 Milliarden Dollar in Südostasien investieren.

Und bereits zur Zeit des 1. Weltkrieges hat ein imperialistischer Diplomat das Wort geprägt: "Ein Tropfen Öl ist ein Tropfen Blut wert."

Dieses zynische Wort darf man nicht vergessen, wenn 'Bild' leitartikelt: "Alle, alle wollen helfen" (beim Wiederaufbau Vietnams). Das Kapital versteht unter 'helfen' gewiss keine Mildtätigkeit. An diese Trauben werden die kapitalistischen Füchse aber nicht herankommen.

Das hat auch Nixon einkalkuliert. Darum sprach er im Zusammenhang mit dem Abzug der USA aus Vietnam auch davon, dass die USA ihr "gestärktes Augenmerk nach Nahost", die erdölreichste Gegend der Welt, richten würde. Die bewaffneten arabischen Völker aber werden dem US-Imperialismus und seinen Komplizen genau solche Niederlagen beibringen, wie die indochinesischen Völker.

Wegen der jetzt schon kritischen Versorgungslage der USA auf dem Mineralölsektor konnte sich die US-Regierung nur 130 Mio Liter Treibstoff sichern. Das war entschieden zu wenig für eine Kriegsführung im US-Stil.

Nach einem Bericht der Londoner "Times" vom 12. Januar mussten kürzlich auch drei grosse Luftfahrtgesellschaften in New York Inlandsflüge wegen des Treibstoffmangels einstellen.

**Treibstoffmangel ist also sehr entscheidend bei der jetzigen "Verständigungsbereitschaft" Nixon's. Öl ist umgekehrt auch einer der Gründe für das weitere Interesse der USA an der Erhaltung der US-Kolonialherrschaft in Indochina.**

Über 70% der Kapitalinvestitionen der USA werden für die Erschliessung von Erdölgebieten vorgenommen, das ist der gewinnträchtigste Erwerbszweig für das US-Kapital, der sich denken lässt.

In den Küstengewässern Südostasiens wurden Bohrtrupps fündig. Hier liegen die gewaltigsten Erdölvorkommen der Erde. 22 internationale Ölkonzerne reissen sich um dieses "Schwarze Gold".

## Hört die revolutionären Sender!



RADIO TIRANA

| UHRZEIT | WELLENLÄNGE |
|---|---|
| 6.00 - 6.30 | 41 und 50 Meter<br>215 Meter |
| 13.00 - 13.30 | 32 und 41 Meter |
| 14.30 - 15.00 | 32 und 41 Meter |
| 16.00 - 16.30 | 32 und 41 Meter |
| 18.00 - 18.30 | 32 und 41 Meter |
| 19.00 - 19.30 | 41 und 50 Meter |
| 21.30 - 22.00 | 41 und 50 Meter |
| 23.00 - 23.30 | 41 und 50 Meter<br>215 Meter |

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 400 khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7, 42,8
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter

# Aus dem Metall-Tarifkampf lernen

**Der Lohnkampf der Metaller hat mit dem 8,5%-Diktat seinen vorläufigen Abschluß gefunden. In konzertierter Aktion von Metallindustriellen, SPD/FDP-Regierung und IG-Metall-Führung konnte eine breitere Streikbewegung unterdrückt werden. Diese feinen Herren bescheinigen sich gegenseitig zufrieden 'stabilitätspolitisches Verhalten' und hoffen auf der Grundlage dieses Abschlusses, die weitere Ausbeutung und Erhöhung des Profits auf Kosten der gesamten Arbeiterklasse in diesem Jahr voranzutreiben. Neidisch blicken andere Imperialisten auf die Profitbedingungen des westdeutschen Imperialismus, der immer rascher seinen weltpolitischen Ausdehnungsplänen nachgeht. Alle gemeinsam aber äußern hinter vorgehaltener Hand, daß die 'Ruhe an der Heimatfront' des westdeutschen Imperialismus eine trügerische, unkalkulierbare Ruhe ist.**

**Die Arbeiterbewegung hat in den letzten Wochen neue Erfahrungen gesammelt. Sie bereitet sich auf die kommenden Kämpfe vor. Welche Aufgaben stellen sich der Partei der Arbeiterklasse als bewußtestem und führenden Teil der Arbeiterklasse, welche Fehler wurden gemacht, wie werden sie im Kampf überwunden.**

## DieTaktik der DGB-Führer

1. Um ihre Kontrolle über die Arbeiterklasse aufrecht erhalten zu können, zentralisieren die Gewerkschaftsbonzen den DGB-Apparat immer weiter. Dem entspricht auch die Zentralisierung der Tarifkämpfe. Millionen Arbeiter und Angestellte aus vielen Branchen standen dieses Jahr gleichzeitig im Lohnkampf. Die DGB-Führung versprach sich die Durchsetzung der Lohnleitlinie auf breiter Front durch die Zusammenfassung mehrerer neuer Tarifverträge auf faktisch einer Verhandlungsrunde.

2. Die Stahl- und Eisenarbeiter von NRW wurden vorgeschickt und nach Abschluss des Diktats blitzartig die 8,5%-Linie in fast allen Tarifgebieten und auch bei den Metallern und ÖTV-lern durchgesetzt. Diese Überrumpelungstaktik zeigt gleichzeitig die Schwache dieser Taktik: Die Zusammenballung des Lohnkampfs mehrerer Branchen ballt auch die Kräfte des Proletariats zusammen.

3. Die Bourgeoisie zeigte gleichzeitig damit ihre Angst vor fortlaufenden Tarifkämpfen im kommenden Jahr, die mit fortschreitender Ausbeutung auch kämpferischer werden. Diese Taktik des DGB offenbart nicht nur, dass hier eindeutig eine einheitliche Lohnleitlinie durchgepaukt werden soll, sondern auch, dass für die kommenden 12 bzw. 13 Monate jeder Streik vermieden werden soll wegen der 'Gefahr des Flächenbrands'.

4. Der Zentralisation der Lohndiktats-Politik entspricht auf der anderen Seite ein altes und erweitertes Arsenal von Spaltungsmanövern: Durch Spaltung in Stahl/Eisen- und Metallarbeiter, Spaltung des Kampfes in den Tarifgebieten, Spaltung der Arbeiterklasse mit kombinierten prozentualen und linearen Forderungen usw.

5. Die besondere Erfahrung dieses Lohnkampfs liegt vor allem aber darin, dass die DGB-Führung bereits offen die Parole des Streikbruchs und der Streikverhinderung ausgibt. Es beginnt damit, dass die Urabstimmung als Mittel der Streikvorbereitung (bei Stahl und Eisen in NRW) zu einem Mittel der 'Verhandlungsführung' der Tarifkommission wird. Damit wird die Gewerkschaftsbasis eines weiteren demokratischen Rechts beraubt.

Es geht weiter damit, dass auf Funktionärs- und V-Leute-Treffen die Parole ausgegeben wird: Sich streikbereit halten und eine Ausweitung des Streiks, eines von der Gewerkschaftsführung unkontrollierten Streiks, zu verhindern.
Es geht weiter mit offenen Anweisungen der Bonzen zur Denunziation von fortschrittlichen Kollegen, Kommunisten, Ausschlüsse aus der Gewerkschaft. Sieht man auf der anderen Seite, dass dieses Jahr die DGB-Spitze sich weitgehend aller 'kämpferischen' Phrasen enthalten hat, wird deutlich: Hier ging es vor allem um 'Überrumpeln und rasches Durchziehen' des Lohndiktats. Ein weiterer Beweis dafür, dass der DGB sich immer weniger imstande sieht, ausbrechende' Kämpfe im Zaum zu halten.

## Verschmelzung von Staats- und DGB-Apparat mit dem Monopolkapital

**Mit der Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche entwickelt sich auch die Zentralisierung der Staatsgewalt zur Niederhaltung der Arbeiterklasse. Die höchste Form der Zentralisierung der bürgerlichen Staatsgewalt besteht in der faschistischen Organisation des Staatsapparats.**

Polizei, Bundesgrenzschutz, Verfassungsschutz usw. kann die Bourgeoisie relativ leicht zentralisieren. Schwieriger dagegen verläuft der Prozess der Zentralisierung der Gewerkschaft in Richtung einer offenen Staatsgewerkschaft. Hier muss der direkte Widerstand der Arbeitermassen gebrochen werden, die gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie kämpfen.
Immer offener greift daher die Regierung unmittelbar in die angebliche 'Tarifautonomie' der 'Tarifpartner' ein und lässt so erkennen, auf wessen Seite sie steht: Auf Seiten des Kapitals (siehe Schmidt's Drohung mit dem Konjunkturzuschlag, falls die Lohnerhöhungen nicht entsprechend der Lohnleitlinie ausfallen). Gleichzeitig findet eine immer engere Zusammenarbeit, eine Verschmelzung von staatlichen Institutionen und Gewerkschaftsapparat statt (verschiedene Ausschüsse, konzertierte Aktion, DGB-Bundeswehr-Kontakte usw.). Dabei ist die überwiegend gemeinsame Parteizugehörigkeit von Regierung und Gewerkschaftsführung in der SPD keineswegs der entscheidende Grund für die Verschmelzung dieser beiden Institutionen (Das erleichtert nur die Verschleierung dieses Prozesses). Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, dass die Verschmelzung von Gewerkschaftsführung und Monopolbourgeoisie ebenfalls vorwärtsschreitet, obwohl Kapitalisten und DGB-Kapitalisten meist nicht das gleiche Parteibuch besitzen.

In der Verschmelzung des Gewerkschafts- (und Staats-) apparats mit dem Monopolkapital liegt eben auch der materielle Hintergrund für die Zentralisierung dieser Unterdrückungsorganisationen. Gerade in jenen Gewerkschaften, in denen die Führung seit Jahrzehnten selbst Anteil am Monopolprofit besitzt (z.B. in der IG BE durch Aufsichtsräte der Montanbetriebe) ist der Prozess der Verstaatlichung der Gewerkschaft am weitesten fortgeschritten (siehe die RAG, in der der Staat durch die VEBA vertreten neben den Anteilseignern der IG BE und der Kohle/Stahl-Barone sitzt). Am weitesten fortgeschritten ist in diesen Gewerkschaften auch der Abbau der Demokratie (z.B. keine V-Leute-Wahlen in der IG BE).

**Diese Tendenz der Verschmelzung von Staat und Gewerkschaftsführung mit dem Monopolkapital und der Zentralisierung der Staatsgewalt zeigte sich auch in dieser Tarifrunde.**
Daraus folgt aber auch für den Kampf der Arbeiterklasse, dass bei der Führung wirtschaftlicher Kämpfe der Zusammenprall nicht nur mit den einzelnen Kapitalisten stattfindet, sondern zunehmend die Staatsgewalt einschliesslich der Gewerkschaftsführung als immer offenere Gegner des Arbeiterkampfes auftreten müssen. Der Schleier des 'neutralen', über den Klassen stehenden Staates zerreisst: die Rolle der Arbeiterzertreter in der DGB-Führung wird offenbarer.

**Daher kommt auch die große Angst der herrschenden Klasse: Daß aus den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter für ihre Tagesinteressen die Erkenntnis entsteht, daß der Staat der Kapitalisten die Diktatur der Kapitalistenklasse durchführt, daß zur Befreiung der Arbeiterklasse, der bürgerliche Staatsapparat in der Revolution zerschlagen werden muß. Aus wirtschaftlichen Kämpfen können sich relativ schnell politische Kämpfe entwickeln.**



**"In dem Masse, wie die Mittel der bürgerlichen Demokratie zur Unterdrückung und Ausbeutung nicht mehr ausreichen, in dem Masse, wie sich die diktatorischen und sozialfaschistischen Massnahmen der Bourgeoisie verschärfen, in demselben Masse wird sich auch zur gleichen Zeit der Prozess zur Beseitigung der Organisationsdemokratie in der Gewerkschaftsbewegung vollziehen. Die Gewerkschaftsbürokratie wird zu einer grösseren Aggressivität gegen die revolutionäre Front und zur verstärkten Faschisierung der Gewerkschaften im allgemeinen schreiten. Je stärker der Gewerkschaftsapparat mit dem staatlichen Machtapparat verwächst, je mehr die revolutionäre Gewerkschaftsopposition dieses System angreift, je selbständiger, aktiver und energischer die revolutionäre Opposition ihre Aufgaben stellt und entwickelt, umso schärfer wird der Angriff des Sozialfaschismus gegen die revolutionäre Front sein."**
(Aus: E. Thälmann: Wirtschaftskämpfe, ... Kap. (2. Die Faschisierung der Gewerkschaften, ihr Verwachsen mit dem Staatsapparat und mit dem Finanzkapital; in: E. Thälmann, Reden und Aufsätze, Band II, Seite 194/195; Erschienen im Verlag Roter Morgen, 1971).

## Politischen und wirtschaftlichen Kampf verbinden!

**Die Aufgabe der Kommunisten ist gerade, die Erfahrungen der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf mit den politischen Kampfaufgaben zu verbinden. Diese Aufgabe wurde von der Partei nur z.T. gelöst.**

Richtig war, am Ergebnis der Bundestagswahlen 1972 anzuknüpfen. Der hohe Wahlsieg der SPD zeigte, dass die Illusionen der Massen in die SPD als das 'kleinere Übel' (als die CDU/CSU) gross war. Das heisst aber nichts anderes, als dass der parlamentarische Schwindel, bei dem jeweils jene Kapitalistenpartei ans Regierungsruder kommt, die am besten das Volk niederhalten und ausplündern kann, nicht durchschaut war. Kaum aber war die Wahl gewonnen, da trumpfte die SPD mit Masshalteappellen an die Arbeiterklasse, mit Steuerdrohungen und offener Leugnung der angeblichen 'Tarifautonomie' der Gewerkschaften auf. Umgekehrt gaben SPD-Gewerkschaftsbonzen die Parole aus: 'Helft der Regierung stabilisieren'.

Nach der Durchsetzung des Lohndiktats sprach ein Mannesmannarbeiter die Erkenntnis von tausenden seiner Kollegen aus: 'Wäre die CDU/CSU dran, dann würde schon überall gestreikt'. (siehe RM Nr. 3/73).

Richtig war auch, in diesem Zusammenhang das Zusammenspiel von Kapital, Regierung und Gewerkschaftsführung aufzuzeigen, und daran den Charakter des Staats- und DGB-Apparats als Betrugs- und Unterdrückungsinstrumente der Kapitalistenklasse aufzuzeigen. Richtig war auch die Verbindung zum imperialistischen Grossmachtsstreben und zur Militarisierung in Westdeutschland, unter deren Zeichen der Lohnraub betrieben wird.

Diese Zusammenhänge wurden im Roten Morgen allgemein aufgezeigt; es fehlte jedoch eine systematische Ausrichtung, eine klare Aufgabenstellung und klare Parolen zur Führung des Kampfes. Ebenso wurde der Kampf gegen rechtsopportunistische und ökonomistische Vorstellungen vernachlässigt. Diese Vernachlässigung der Leitungsaufgabe führte auch zu Abweichungen in der praktischen Zellenarbeit.

## Rechte Fehler

**Die Partei hat fast überall schwungvoll und entschlossen in den Lohnkampf eingegriffen und durch ihren Einsatz bei vielen neuen Kollegen Vertrauen gewonnen. Gerade in einer Situation, wo sich die Arbeiterklasse ohne Führung bzw. unter Führung verräterischer Gewerkschaftsbonzen sieht, waren die Kollegen aufgeschlossen für die kommunistische Propaganda: 'Vertrauen in die eigene Kraft!' 'Vorwärts mit der KPD/ML, der Partei der Arbeiterklasse!'**

Bei dieser Propaganda wurde aber zum Teil die korrekte Entlarvung des Hauptfeindes in der Arbeiterbewegung, des modernen Revisionismus, 'vergessen'. Es genügt nicht, die verräterische Rolle der Revisionisten am ökonomischen Kampf festzustellen. (Erst grosses Getöne der D'K'P von '13-15% mindestens', dann aber zu keinem Kampf gegen das Lohndiktat aufgerufen). Die Rolle der Revisionisten liegt nun aber in erster Linie darin, dass sie die Arbeiterklasse von der Revolution abhalten sollen. Anknüpfend an der Erfahrung der Arbeiter mit den Revisionisten im Lohnkampf hätte deren politische Rolle mehr aufgezeigt werden müssen.

Rechtsopportunistische Tendenzen zeigten sich auch teilweise darin, die Parteiagitation auf gewerkschaftsoppositionelle Arbeit zu beschränken. Es war zwar richtig und auch sehr erfolgreich, den Aufbau und die Organisierung der Gewerkschaftsopposition mit zu unterstützen. Die Partei darf ihre weitergehenden Aufgaben dabei aber nicht vergessen.

**Deutlich zeigte sich die zu wenig entwickelte Verbindung von ökonomischen und politischen Kampf in der Frage der Vietnambewegung. Während des Tarifkampfes nahm die Protestbewegung gegen den US-Völkermord in Vietnam gewaltige Ausmaße an. Die größten politischen Demonstrationen seit Jahren fanden statt. Viele Arbeiter diskutierten den Kampf des vietnamesischen Volkes voller Sympathie.**
**Gerade hier aber wäre es notwendig gewesen, die Verbindung dieses Kampfes mit unserem Kampf hier in Westdeutschland klarer aufzuzeigen.**

Viele Kollegen gingen aus Protest gegen den Bombenterror auf die Strasse. Gerade aber hier setzten sich jene Kapitalistenknechte an die Spitze der Bewegung, die eben in der Tarifrunde die elementaren Interessen der Arbeiter verraten hatten (siehe die Demonstration von 20-30000 in Dortmund unter den abwieglerischen Losungen der Reformisten und Revisionisten).

Die politischen und organisatorischen Schwächen bei der Unterstützung des Kampfes gegen die US-Aggression in Indochina* traf zusammen mit ökonomistischen Tendenzen in der Tarifrunde. So konnte die Verbindung der beiden Kampfschauplätze nicht richtig geschaffen werden.

## Die Führung des ökonomischen Kampfes

**Die Tarifrunde hat trotz rechter Abweichungen in positiver Hinsicht gezeigt, daß mit der Überwindung des Sektierertums die Fähigkeit der Partei zur Führung des ökonomischen Kampfes gewachsen ist. Die Bedeutung des Streikkampfes auch in politischer Hinsicht wurde großenteils erkannt. Die Auffassung der Liquidatoren, die nun seit einem Jahr aus der Partei gesäubert wurden, daß der Aufruf zum wirtschaftlichen Streik 'an sich schon ökonomistisch' sei, wurde voll überwunden.**

Andererseits wurde nicht genügend real die Situation in den Betrieben eingeschätzt. Es liegt nicht nur an der noch häufig schwachen Verankerung der Partei in den Betrieben, wenn ständig neue Streikaufrufe veröffentlicht werden und diese ohne Resonanz bleiben. Leichtfertige Streikaufrufe gehen im Grunde von einer Geringschätzung dieser Kampfwaffe des Proletariats aus. Der Unterschied des Streikaufrufs als Propagandalosung und als Aktionslosung muss in Zukunft inhaltlich in unserer Presse klarer zum Ausdruck kommen.

Wird der Streikaufruf zur Aktionslosung, so müssen auch die organisatorischen Voraussetzungen zur Führung des Streiks geprüft sein. Die bolschewistische Partei als bestorganisiertester Kampfstab der Arbeiterklasse, muss auch in organisatorischer Hinsicht ihre Schlagkraft beweisen. Die Organisationsaufgaben können keineswegs nur der Gewerkschaftsopposition überlassen bleiben.

## Der Kampf geht weiter!

**Die Stimmung bei den Metallarbeitern hat sich nicht beruhigt. Ein Windhauch kann das schwelende Feuer zum Aufflackern bringen. Millionen Arbeiter und Angestellte haben gesehen, wie das Lohndiktat durchgesetzt worden ist. Auch jene Kollegen, die in der kommenden Chemietarifrunde mobilisiert werden. Wenn das Lohndiktat an einer Stelle mit Streik durchbrochen wird, wird die Kampfbereitschaft auch der Metaller aufs Neue entfacht.**

Die Preistreiberei geht weiter. Der Konjunkturzuschlag droht. Die Gewerkschaftsbonzen sind nervös. Sie reden schon vorsichtig von einer 'vorzeitigen Aufbesserung' der Löhne. Die bürgerliche Presse schreibt von einem 'zweiten September 69'.

**Halten wir uns bereit. Der zentralisierten Gewalt des Kapitals, von Staats- und DGB-Apparat, muß die geballte Kraft der Arbeiterklasse, zentralisiert und geführt durch ihre Partei, entgegengestellt werden. Halten wir das Banner der Revolution, der Diktatur des Proletariats, im Kampf weiter hoch! Gewinnen wir die fortgeschrittensten Kollegen für den Kampf gegen das System der Lohnsklaverei, für den Sozialismus!**

* Die Ausrichtung des Kampfes an dieser Front muss auch gesondert in Angriff genommen werden.

# Kampf den Berufsverboten im öffentlichen Dienst!




**Bochum. (RM).** Am 10. Januar erhielt N. Osswald, Lehrer am Bochumer Schiller-Gymnasium, ein Kündigungsschreiben. Das war die zweite Kündigung innerhalb eines Jahres. Bei der ersten Kündigung an einer Bochumer Berufsschule hiess es: Wir haben zu viele Lehrer. Der wahre Grund ist natürlich ein anderer: Osswald ist Revolutionär und hat auch Flugblätter der GRFB mit seinem Namen unterzeichnet. Das wussten auch seine Schüler. Deshalb nutzte die scheinheilige Begründung der Kultusbürokratie nichts. Die Schüler protestierten, und Osswald musste wieder in den Schuldienst aufgenommen werden. Jetzt wurde der zweite Angriff gestartet. Diesmal offen. Kündigungsgrund ist jetzt seine kommunistische Tätigkeit.

Aber die Kultusbürokratie irrt sich, wenn sie glaubt, jetzt hätte sie gewonnen. Noch grösser als beim ersten Rausschmiss war der Protest der Schüler. Das Bochumer Komitee gegen politische Unterdrückung unterstützte N. Osswald. Und so demonstrierten schliesslich 800 für die Wiedereinstellung des Genossen, gegen das reaktionäre Berufsverbot für fortschrittliche Angestellte des öffentlichen Dienstes.

## Solidarität mit K. Dillmann

Der Genosse Klaus Dillmann war im Frühjahr 1971 bei der Roten-Punkt-Aktion in Dortmund dabei. Damals demonstrierten mehrere tausend Dortmunder Arbeiter, Jugendliche und Hausfrauen gegen die unverschämte Fahrpreiserhöhung. Vier Wochen lang wurden verschiedene Protestaktionen durchgeführt. Immer breiter wurde die Teilnahme der Werktätigen an den Aktionen. Die KPD/ML hatte zur Besetzung der Strassenbahnschienen aufgerufen. Es kam zu mehreren brutalen Polizeieinsätzen. Die Demonstranten wehrten sich mutig.

Es gelang der Polizei, viele Kämpfer festzunehmen. Unter ihnen war auch der Genosse Klaus Dillmann. 300 Kollegen und Genossen sind angeklagt und bereits zu Geldstrafen bis zu 500,– DM verurteilt worden. Gegen den Genossen Klaus Dillmann wurde nun eine unverschämt hohe 'Strafe' ausgesprochen: 900,– DM oder 18 Tage Gefängnis. Seine Anklageschrift lautete auf: Rädelsführerschaft, Körperverletzung und Nötigung.

**Die Kollegen und Genossen, die Klaus Dillmann vor Gericht unterstützten, waren sich einig: Dieses Urteil wird nicht hingenommen.**

Noch am gleichen Abend nach der Verurteilung trafen sich in der Gaststätte Peters ungefähr 30 Kollegen, darunter Genossen der KPD/ML und der Gruppe 'Rote Fahne' (Bochum). Aus dem schon bestehenden Initiativausschuss wurde das Solidaritätskomitee zur Unterstützung aller politisch Verfolgten gegründet. Der Kampf gegen das Urteil der Klassenjustiz wird nun auf breiterer Basis weitergeführt.

**'Freiheit für Klaus Dillmann', diese Forderung wird das Komitee überall propagieren, um die Kampffront zu verbreitem und der bürgerlichen Justiz die Solidarität der Dortmunder Werktätigen entgegenzuhalten.**

## Weitere Prozesse gegen Genossen

### MACHEN WIR SIE ZU EINEM

# Bumerang für die Bourgeoisie

**Im Roten Morgen Nr. 26/72 berichteten wir über die anlaufende Prozeßlawine gegen Genossen, die in München gegen die Polizei- und Notstandsolympiade demonstrierten. Inzwischen sind weitere Anklageschriften eingegangen. Ein angeklagter Genosse schrieb uns dazu:**

''Jetzt ist mir die Anklageschrift wegen der Demonstration zum Roten Antikriegstag zugeschickt worden. Die Klassenjustiz haut mächtig auf die Pauke und scheint es auf eine längere Knaststrafe abgesehen zu haben. Sie nehmen wohl an, damit den Massen den 'Mut zum Demonstrieren' nehmen zu können. Vielleicht hoffen sie auch, auf diese Weise künftig nur noch friedliche Spaziergänge a la D'K'P erleben zu können. Jedenfalls nutzen sie den ganzen Spielraum aus, den ihnen die SPD mit ihrer 'Strafrechtsreform' von 1969 gegeben hat. In der Anklageschrift liest sich das dann so:

**– besonders schwerer Landfriedensbruch (6 Monate bis 10 Jahre)**

**– besonders schwerer Widerstand gegen die Staatsgewalt (6 Monate bis 5 Jahre)**

**– gefährliche Körperverletzung (2 Monate bis 5 Jahre)**

Die Taktik der Bourgeoisie ist klar: Sie will bei den Prozessen die politische Beurteilung rauslassen und uns als 'Kriminelle' aburteilen. Davon erhofft sie sich, später die KPD/ML bequemer als kriminelle Vereinigung verbieten zu können. Die politischen Erklärungen, die ich vor Gericht abgeben werde, werden mit Sicherheit von den Richtern und der bürgerlichen Presse unbeachtet bleiben. Deshalb müssen wir in allen Bereichen aktiv werden, die Massen über den wahren Charakter der Kommunistenverfolgungen aufklären, überall zeigen, dass hier Genossen abgeurteilt werden, die entschlossen auf der Seite des Volkes gegen die Ausbeuter und Unterdrücker kämpfen. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe für die Partei! Überall müssen sich Rote-Hilfe-Gruppen und Solidaritätskomitees bilden, die der politischen Verfolgung und der Verbotsvorbereitung eine breite Solidarität entgegensetzen!''

**RM-Redaktion:** Der Genosse hat völlig recht. Die Partei muss im Kampf gegen die politischen Prozesse ihre Anstrengungen erhöhen. Wir müssen im Betrieb, im Stadtteil und in der Universität die Massen über den Sinn dieser Prozesse aufklären, und das nicht erst dann, wenn die Prozesse beginnen.

Das allein genügt aber nicht. Nach dem Beispiel der Roten Hilfe aus der Zeit der KPD Ernst Thälmanns müssen wir alle revolutionären und fortschrittlichen Menschen, die von der politischen Verfolgung der Klassenjustiz bedroht sind und sich mit den politischen Gefangenen solidarisieren, in einer Front zusammenschliessen. **Das sind nicht nur Genossen der kommunistischen Zirkel und der fortschrittlichen Gruppen, sondern auch klassenkämpferische Arbeiter und fortschrittliche Menschen aus allen unterdrückten Schichten des Volkes.**

**Dieser Front wird es gelingen, im solidarischen Kampf politische Prozesse zum Bumerang für die Bourgeoisie zu machen.**

## SOLIDARITÄTS-KOMITEE

**'Solidarität'**

| Datum | Spender | Betrag |
|---|---|---|
| 11. 1. 73 | Veranstaltung in Mannheim: Es lebe der Kommunismus | 56.13 |
| 11. 1. 73 | Sympathisantenveranstaltung Dortmund | 123.– |
| 11. 1. 73 | Sylvester-Veranstaltung der KPD/ML in Giessen | 161.– |
| 11. 1. 73 | Büchertisch des KSB/ML Bochum | 30.– |
| 11. 1. 73 | Veranstaltung des KSB/ML Giessen vom 8.12.72 | 210.– |
| 16. 1. 73 | J.B., Essen | 10.– |
| 16. 1. 73 | M.M., Westberlin | 54.– |
| 23. 1. 73 | KSB/ML Bielefeld | 50.– |
| 24. 1. 73 | G.M., Marburg | 20.– |
| 24. 1. 73 | P.V., Bielefeld | 500.– |
| | | 1 214.13 |

**'Deutsch-spanische Streikhilfe'**

| Datum | Spender | Betrag |
|---|---|---|
| 11. 1. 73 | Medizinstudenten-Kollektiv des KSB/ML Westberlin | 60.– |

# 2. Parteitag der PCd'I/ML

**Unsere italienische Bruderpartei PCd'I/ML (Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten) hat ihren zweiten Parteitag in Parma, vom 5. - 7. Januar abgehalten.**
**Unter der Losung: Für die proletarische Revolution in Italien! Für die Sache der Weltrevolution! versammelten sich viele Genossen, vor allem revolutionäre Arbeiter und Angestellte, die auf den verschiedenen Landesparteitagen als Delegierte nominiert worden waren.**

Genosse Fosco Dinucci gab den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees. In der folgenden Diskussion gaben dutzende Delegierte ihre Erfahrungen aus dem Kampf seit dem 1. Parteitag wieder, der im Jahre 1966 stattgefunden hatte. Die revolutionäre Linie der Partei wurde klarer denn je herausgearbeitet und Probleme der weiteren Proletarisierung und Bolschewisierung der Partei behandelt. Anschliessend wurden verschiedene Kommissionen gebildet, die Resolutionen und Direktiven der Partei zu verschiedensten Gebieten des Kampfes ausarbeiteten. Das neue Zentralkomitee wurde nach ausführlicher Debatte gewählt. Generalsekretär wurde Genosse Fosco Dinucci.

Genosse Fosco Dinucci ist ein hervorragender Marxist-Leninist, dessen kampferfülltes Leben auch die Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung Italiens widerspiegelt. Bereits mit 14 Jahren kämpfte er in seiner illegalen Zelle gegen die Mussolini-Faschisten. Während des 2. Weltkrieges bildete er weitere geheime Zellen in der faschistischen Armee und führte den Partisanenkampf nach der Kapitulation der italienischen Regierung gegen die deutschen Hitlertruppen in der Gegend Roms weiter. Genosse Dinucci wurde militärischer Verantwortlicher der Kommunistischen Partei und arbeitete als politischer Kommisar einer Partisaneneinheit in der Region Pisa. Nach 1945 wurde er wieder in den Kerker geworfen – diesmal von der Militärregierung der Besatzungsmächte (früher schon einmal von den Faschisten).
Nach seiner Freilassung führte er unermüdlich den Kampf für die proletarische Revolution weiter. Immer mehr geriet er mit den revisionistischen Elementen in der Führung der PCI (Kommunistische Partei Italiens) in Widerspruch. Er kämpfte gegen die Auflösung der antifaschistischen Militärorganisationen und gegen die revisionistischen Theorien der Leugnung der Notwendigkeit der proletarischen Revolution in Italien.

Nach der offenen Verleumdung der Diktatur des Proletariats auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 in Moskau führte er den Kampf gegen die revisionistischen Verräter in Italien immer offensiver. Er propagierte in der Partei die marxistisch-leninistische Linie und verteidigte die KP Chinas und Albaniens vor den Angriffen Chruschtschows und Togliattis. Die Togliatti-Clique begegnete dem mit der Unterdrückung und Kaltstellung des Genossen. Schliesslich vollzog er den organisatorischen Bruch mit der revisionistisch entarteten PCI.
**Mit ihm zusammen schlossen sich weitere Marxisten-Leninisten aus der PCI um die Zeitschrift 'Nuova Unita'. Sie hielten das Banner der Revolution hoch und gingen an die Gründung der marxistisch-leninistischen Partei Italiens, einer Partei, die wieder im Geiste des unvergesslichen. Antonio Gramsci (Gründer der PCI im Jahre 1921) kämpfen sollte. Am 15. Oktober 1966 fand der 1. Parteitag der PCd'I/ML statt.**
Genosse Denucci wurde auch auf diesem 2. Parteitag von den Delegierten der Partei wiedergewählt.

## GRUSSBOTSCHAFT DER KPD/ML

Auf dem Parteitag der italienischen Bruderpartei wurden mit grossem Beifall schriftliche und mündliche Grüsse der Bruderparteien aus aller Welt vorgetragen: Enver Hoxha, Vorsitzender der Partei der Arbeit Albaniens, richtete eine persönliche Grussadresse an den Parteitag. Grussadressen der Kommunistischen Partei Indonesiens, Brasiliens, Polens, der KP Frankreichs (Marxisten-Leninisten), der KP Spaniens (Marxisten-Leninisten) u.a. beglückwünschten den Parteitag.

Genosse Ernst Aust, Vorsitzender des ZK der KPD/ML, schreibt in seiner Grussbotschaft unter anderem:
''Seit ihrer Gründung hat eure Partei unter der Führung des Genossen Denucci einen unerbittlichen Kampf gegen alle rechten und 'linken' Abweichungen geführt und die marxistisch-leninistische Linie gegen alle Angriffe verteidigt. Sie hat entschlossen für die Einheit aller wirklichen revolutionären Kräfte unter dem Banner des Marxismus-Leninismus gekämpft. Sie hat einen beispielhaften Kampf geführt, von dem auch wir deutschen Marxisten-Leninisten lernen können.''
Genosse Ernst Aust betont die Bedeutung des proletarischen Internationalismus, die enge Kampfgemeinschaft der marxistisch-leninistischen Bruderparteien gerade im heutigen Europa. Er weist darauf hin, dass sich diese Kampfgemeinschaft bei der Demonstration gegen die reaktionären Ausländergesetze in Dortmund am 8. 10. 72 bewährte, zu der die KPD/ML, PCE/ML und PCd'I/ML gemeinsam aufriefen. Die Grussbotschaft schliesst:
**''Es lebe der proletarische Internationalismus! Nieder mit Imperialismus und Reaktion! Kampf allen ihren revisionistischen und opportunistischen Lakaien!**
**Es lebe die PCd'I/ML, die Vorhut der italienischen Arbeiterklasse!**
**Es lebe die unzerstörbare Solidarität unserer beiden Parteien und aller wirklichen marxistisch-leninistischen Kräfte der Welt!**
**Hoch das siegreiche Banner des Marxismus-Leninismus im Kampf für die proletarische Revolution!''**

## Deutsch-Spanische Freundschaftsgesellschaft

# Veranstaltung in Dortmund

In den letzten Monaten fanden in Westdeutschland und Westberlin zahlreiche Veranstaltungen der Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes für ein antifaschistisches, unabhängiges und republikanisches Spanien statt. Zur Veranstaltung in Dortmund kamen ungefähr 200 Freunde und Genossen. Ein Vertreter der FRAP berichtete von neuen Erfolgen bei der revolutionären Arbeit: Obwohl die FRAP anfangs nur aus wenigen Mitgliedern bestand, konnte sie sich bis heute über ganz Spanien ausbreiten. Heute hat sie auch auf dem Land breite Unterstützung. So organisierte sie kürzlich einen Streik armer Bauern und Landarbeiter gegen die Grossgrundbesitzer. Die Bauern und Landarbeiter verweigerten den Ernteeinsatz, bis ihre Forderungen erfüllt wurden.

**Die Rede des spanischen Genossen wurde immer wieder von spontanem Beifall und Sprechchören 'Franco no – Espana si' unterbrochen. Zum Schluß sangen alle das Lied 'Die Thälmann-Kolonne'.**

# Kampf der Polizeiuniversität

Am 23. sollten in Kiel die Universitätstage' eröffnet werden. Jedes Jahr beweihräuchern sich dabei die reaktionären Professoren und die 'Hintermänner des öffentlichen Lebens' selber. Dieses Jahr war die Eröffnung eine Provokation besonderer Art. Der Prorektor Hattenhauer hielt eine Rede über die Mittel zur Niederhaltung der Massenstreiks der Studenten. Über den AStA (Ausschuss des Studentenparlaments) waren Auszüge der Rede den Studenten bereits vorher bekanntgeworden. Der Vortragssaal war darum auch brechend voll.

Als Hattenhauer ans Rednerpult trat, wurde er mit einem schrillen Pfeifkonzert empfangen. Mit einem Megaphon entlarvten Genossen der 'Roten Zellen' (Hochschulgruppe in Kiel) die dickzten Lügen und Verleumdungen. Der aber verlas stockend trotz der Sprechchöre 'Diskussion, Diskussion', die Kriegserklärung des Staates an die Studentenbewegung:

"...eher hat sich die Strafanzeige bewährt..., aber auch das Drohen mit dem Staatsanwalt ist kein endgültiges Hilfsmittel im Umgang mit dem 'aktiven Streik', denn im Gegensatz zu 1969 sind die Unruhen des Jahres 1972/73 viel politischer, bewusster und kalkulierter als die des Jahres 1969 – und damit auch viel ernster zu nehmen... Mit anderen Worten bedeutet dies, dass man im Falle eines weiteren aktiven Streiks von vorneherein den Lehrbetrieb wird einstellen müssen. **Es ist begrüssenswert, dass das Verhältnis von Universitätsspitze zur Polizei von gegenseitiger Loyalität geprägt ist ...auch ist der Gedanke an den Einsatz von Polizei für die Universitätsspitze keineswegs Tabu.**"

Der ganze braune Professorenklüngel klatschte begeistert Beifall. Vor allem machten Hattenhauer unsere Genossen vom KSB/ML (Kommunistischer Studentenbund der KPD/ML) Kopfzerbrechen: "Links von den Linken gibt es nun eine Gruppe, die qualitativ anders ist, der KSB/ML... Diese Leute sind wohlhabende Bürgersöhnchen, Provinzpsychopathen, Gewaltfetischisten..." Die ganze ohnmächtige Wut der Bourgeoisie geiferte dieser Maulheld in den Saal. Damit war das Mass voll. Minutenlange Sprechchöre brachen los: 'Brauns Behörde in die Förde', 'Kampf der politischen Disziplinierung!', 'Freiheit und Fortschritt im Sozialismus.' Hattenhauer kam nicht mehr zu Wort. Panikartig verliess der Professorenklüngel den Saal. Die Kapitalistenbüttel in Universität und Kultusministerium hatten einen kleinen Vorgeschmack vom Kampf im kommenden Semester erhalten.

Nicht nur in Kiel, überall bereitet die Bourgeoisie den massiven Polizeieinsatz auf der Universität vor. Es wird nicht mehr allzu lange dauern, bis bewaffnete Polizeikommandos wie die Nationalgarde in Amerika die Universitäten stürmen und Studenten ermorden. Der bayrische Kultusminister schreit schon nach einer eigenen Universitätspolizei. Dieses Geschrei zeigt uns nur die Schwäche der Bourgeoisie. Die Zeiten sind endgültig vorbei, in denen sie sich einbilden konnten, mit dem Herausgreifen von 'Rädelsführern', mit Ausschlüssen vom Studium, Strafanzeigen gegen Einzelne usw. zeitweilig 'Ruhe und Ordnung' auf der Universität herzustellen. Der Kieler Prorektor Hattenhauer hat es erkannt: "...Wir müssen uns schon etwas mehr Mühe machen, wenn wir den 'aktiven Streik' und damit zugleich das Problem der Revolution angemessen angehen wollen." Jawohl, es geht um das 'Problem der Revolution'.

Aber um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Studenten auch einen entschiedenen Kampf gegen die Feinde in ihren eigenen Reihen führen. Das haben auch die Ereignisse in Kiel wieder bestätigt: Der 'marxistische' Studentenbund Spartakus (Hochschulorganisation der D'K'P) verleumdete die Aktion der Kieler Studenten als gefundenes Fressen für die Bourgeoisie, als Darstellung von 'Politmafiosi'. "Auch eisiges Schweigen ist ein politisches Ausdrucksmittel", schreiben sie in einem Flugblatt. **Allerdings, den Mund halten, Däumchen drehen und Bücklinge machen, das war schon immer das 'politische Ausdrucksmittel' aller Verräter am Kampf der Massen.**

Die Studenten aber gehen den Weg des konsequenten Kampfes. In den bayrischen Hochschulen, in Bochum und Westberlin wird gestreikt. In Frankfurt sind die Gymnasien in den Streik gegen Numerus Clausus und politische Unterdrückung getreten. Der Rote Morgen wird in der nächsten Nummer ausführlich über diese Kämpfe berichten.



Sprechchöre machen Hattenhauers Hetzrede ein Ende

# STUDENTEN IM STREIK




22000 demonstrieren in München.

## Ruhruniversität Bochum:

Vom 23. bis 25. Januar streikte die grosse Mehrheit der Studenten der Ruhruniversität gegen die Disziplinierungsmassnahmen (siehe: Kampf dem Berufsverbot RM S.7) und die geplante Hochschul-"reform". Der D'K'P-Ableger an der Ruhr-Universität, der "Marxistische" Studentenbund Spartakus, versuchte vergeblich, den Streik azuwiegeln. Ihr Entwurf einer "fortschrittlichen Satzung" wurde von den Studenten abgelehnt. Bei der Streikabstimmung in einer Abteilung enthielten sie sich der Stimme. Mit einem Megaphon versuchten sie auf der Abschlussvollversammlung, die Arbeit des zentralen Streikrat zu sabotieren.

**Der KSB/ML setzte sich dagegen für den Kampf der Studenten ein. Er überzeugte die Studenten auch davon, dass ihr Kampf sich einreiht in den Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen gegen Ausbeutung und Unterdrückung.**

Der Vorschlag des KSB/ML vor den Betriebstoren und in der Stadt Flugblätter zu verteilen, die das gerechte Ziel des Streiks erklären, wurde von den meisten Studenten begrüsst und durchgeführt.

## 22000 Studenten demonstrierten in München!

Die grösste Demonstration in Bayern seit 1945 fand am 25. Januar in München statt. 22000 Studenten demonstrierten gegen das geplante Hochschulgesetz, das die Abschaffung der verfassten Studentenschaft (von den Studenten gewählte politische Vertretung) und die Einführung einer "Sonderjustiz" vorsieht. Damit will sich das Kapital "rechtliche" Mittel schaffen, um den Kampf der Studenten massiv zu unterdrücken. Die Demonstranten trugen Parolen wie: Kamp[f] der politischen Disziplinierung, Kampf der Zerschlagung der verfassten Studentenschaft, Kamp[f] dem Hochschulgesetz! Beim Vo[r]beimarsch wurde Maier (Kultusminister) aufs Korn genommen "Haut den Maier in den Zube[r] wie wirs einst getan mit Huber" riefen die Studenten immer wiede[r] in Sprechchören.

## Hochschulen in Westberlin

Schlägertrupps der westber[-]liner Neubauer-Polizei versuch[-]ten Streikbrechern den Weg in di[e] technische Fachhochschule zu bahnen. Ingenieurstudenten bil[-]deten Streikketten, so dass sich die Polizei schliesslich zurückziehen musste.

An der Pädagogischen Hochschule Westberlin führten 20[0] Studenten im Rektorat einen Sitzstreik durch, weil der Rekto[r] die Hochschule für geschlosse[n] erklärt hatte.

**1000 Studenten verbarrikadierten den Eingang zum Rektorat vor den anrückenden Polizeikommandos. Erst nach Einsatz von Tränengas und brutalem Knüppeleinsatz konnte die Polizei zum Eingang vordringen.**

Auf einer anschliessenden Demonstration protestierten übe[r] 1500 Studenten gegen den Polizeiterror auf den Hochschulen.

# Das Lachen wird ihnen vergehen

Ein Kamerad aus meiner Einheit leidet unter besonders schweren Gedächtnisstörungen. Er hatte einen schweren Unfall gehabt. Bei der Schiessausbildung hatte er nicht mitgekriegt, wie der Zugführer erklärte, was eine Seelenachse ist (die Seelenachse ist die gedachte Mittellinie durch das Gewehrrohr). Der Ausbilder kannte die Schwäche des Soldaten genau. Deshalb fragte er ihn: "Was ist eine Seelenachse, Flieger Krause?" Keine Antwort. "Ach, sie haben wohl wieder einmal nicht zugehört, was? Na, dann besorgen Sie mir mal eine, beim UvD. Aber marsch, marsch." Als der Flieger Krause ihm zu langsam lief, schrie er ihm noch hinterher: "Schneller, sie lahmer Affe, oder sie üben nach Dienstschluss mit ABC-Ausrüstung rennen."

Der UvD machte den üblen 'Scherz' mit und gab dem Rekruten ein grosses Rohr mit. Als er zurückkam, wollte der Feldwebel den Soldaten vor seinen Kameraden lächerlich machen und prustete unter gekünsteltem Gelächter: "Das soll also eine Seelenachse sein?" Aber er lachte ganz allein. Die Gesichter der Soldaten blieben eisig. Einige sagten wutentbrannt: "Nazimethoden, Schweinerei." Sie wussten, jedem von ihnen konnte dasselbe passieren. Es liefen Beschwerden bei der Kompanieleitung ein. Die sah sich durch den Druck von unten gezwungen, einen Verweis gegen den Feldwebel auszusprechen. Viel wichtiger als dieser Verweis ist aber, dass die Rekruten lernen: **Gegen Schikane und Kadavergehorsam können wir uns nur durchsetzen, wenn wir uns zusammenschliessen und gemeinsam den Kampf aufnehmen.**

**Das kann der erste Schritt auf dem Weg zur Bildung eines Soldatenkomitees sein. Hier müssen wir Genossen in der Bundeswehr ansetzen und zeigen, dass dieser Drill und der Kadavergehorsam dazu da sind, um aus den Soldaten gefügiges Kanonenfutter für einen imperialistischen Raubkrieg und blinde Mordwerkzeuge gegen unsere kämpfenden Klassenbrüder zu machen.**

**VORWÄRTS BEIM AUFBAU NEUER SOLDATENKOMITEES!**


# Bestellschein

HIERMIT BESTELLE ICH:

AB NUMMER ..................




Bestellungen an:
87 Würzburg,
Postfach 612

Der ROTE MORGEN erscheint wöchentlich und kostet pro Jahr einschliesslich Porto DM 25.–. Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Hamburg Nr. 26 27 67 – 203 (E. Aust) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

NAME, VORNAME ..................
BERUF ..................
POSTLEITZAHL, ORT ..................
STRASSE ..................
DATUM ..................
UNTERSCHRIFT ..................


## Kontaktadresse: